

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ch. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Prettzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Tischlertag in Dessau.

Währlich, wenn die Hundstage kommen, da vereinigen sich die Meister vom Hobelspan zu ihrem Stellbischen, genannt Deutscher Tischlertag. Der diesjährige Tischlertag, der 23., hat, wie den Lesern bekannt ist, in Dessau stattgefunden; ihm ging die vierte ordentliche Generalversammlung des Arbeiterschutzesverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen voraus. Letzterer Veranstaltung ist denn auch weit größere Bedeutung beizumessen als dem Tischlertag, denn in dem Arbeiterschutzesverband verkörpert sich die moderne Organisation der Unternehmer der Holzindustrie, während in den Innungen, die den Träger des Tischlertages bilden, nur langsam sich modernere Anschauungen Eingang verschaffen, und auch das nur unter dem Einfluß der leitenden Personen des Schutzesverbandes. In dem Arbeiterschutzesverband sehen wir denn auch die Unternehmerorganisation vor uns, mit der wir künftig in der Hauptsache im wirtschaftlichen Kampfe zu rechnen haben werden. Leider fand die Tagung des Arbeiterschutzesverbandes wiederum unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, so daß wir uns über dieselbe nur mangelhaft informieren können.

Nur die „Fachzeitung“ veröffentlicht einen dürftigen Bericht über die Generalversammlung, aus dem wir denn erfahren, daß zunächst über eine Statutenrevision des Arbeiterschutzesverbandes beraten und beschlossen worden ist, über deren Tragweite aber keinerlei Mitteilung gemacht wird.

Ein Antrag Raffel, die Generalversammlung des Schutzesverbandes vom Tischlertag zeitlich zu trennen und zwar um die agitatorische Wirkung dieser Veranstaltung zu erhöhen, wurde abgelehnt. Ein Antrag Nordhausen auf Schaffung eines eigenen Organs an Stelle der „Fachzeitung“ wurde, nachdem mehrere Redner sich dagegen ausgesprochen hatten, zurückgezogen. Der Antrag beweist, daß man im Arbeiterschutzesverband nicht überall mit der „Fachzeitung“ einverstanden ist. Abgelehnt wurde auch ein Antrag Dresden, die Entschädigung bei Streiks möge nicht erst vom siebten sondern schon vom vierten Tage an gezahlt werden.

Über die Jahresrechnung pro 1906 und den Haushaltsplan pro 1907 werden in dem Bericht der „Fachzeitung“ nähere Mitteilungen nicht gemacht. Als Zeichen der Stärke des Schutzesverbandes wird man das nicht deuten können; der Holzarbeiterverband erledigt bekanntlich seine Kassenangelegenheiten in der breitesten Öffentlichkeit.

Auch im Arbeiterschutzesverband macht sich die Beschaffung eines größeren Beamtenapparates erforderlich. Bisher sind unseres Wissens in dieser Organisation nur zwei verantwortliche Personen angestellt, der Vorsitzende, Herr Mahardt, und als Sekretär Herr Schwente, unseren Kollegen von Eilenburg her näher bekannt. Nunmehr soll ein sogenannter Reisesekretär angestellt werden. Herr Mahardt legte dem Bericht zufolge die Notwendigkeit dieser Maßnahme des eingehenden dar. Von den Mitgliedern des Vorstandes wählten die Obliegenheiten und die Interventionen, namentlich bei örtlichen Lohnstreitigkeiten, nicht mehr wahrgenommen werden. Sowohl der Vorstand wie eine große Reihe von Bezirksverbänden hätten sich von der Notwendigkeit der festen Anstellung eines tüchtigen Fachmannes überzeugt. Über die Anstellung eines Reisesekretärs herrschte denn auch auf der Tagung allgemeines Einverständnis. Dieselbe wurde einstimmig beschlossen. Der Vorstand soll das Weitere veranlassen.

Wichtig für unsere Kollegen ist weiter, daß alle Bezirksverbände diejenigen Arbeiter, welche am 1. Mai (Mittwoch) feiern, für den Rest der Woche, also für den 2., 3. und 4. Mai auszusperrten. Von Schutzesverbandes wegen sollen Plakate für alle Mitglieder des Bezirksverbandes (!?) gedruckt und versandt werden betreffend Durchführung dieses Beschlusses. Das kann ja bei der nächsten Mailfeier einen fröhlichen Krieg mit den Schutzesverbandsleuten geben. Wenn die Herrschaften sich dabei nur nicht ins eigene Fleisch schneiden.

Die Generalversammlung beschäftigte sich auch eingehend mit dem Anschluß an die kürzlich gegründete Streikentschädigungsgesellschaft des Vereins deutscher Arbeiterschutzesverbände. Nach Meinung des Herrn Mißlich sind die Meinungen über die Möglichkeit des Beitritts zu dieser Gesellschaft geteilt. Für den Beitritt spricht, wie von anderer Seite hervorgehoben wurde, der Umstand, daß das Risiko der Entschädigung durch die Versicherung auf die breiten Schultern gelegt wird, sowie der moralische Eindruck, der in dem Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeber in einer Gesellschaft wie derjenigen zur Streikentschädigung gefunden werden muß. Allgemein wurde die Sache so angesehen, daß es sich hier um ein ganz neues Problem handle. Es wurde im Prinzip

Anschluß an die Gesellschaft beschlossen, doch soll der Vorstand endgültig über den Anschluß an die Gesellschaft entscheiden.

Beschlossen wurde ferner ein Kartellvertrag mit dem Arbeitgeberverband der Holzindustrie Nordböhmens. Mit dem Schweizer Holzindustriellenverband soll ein solcher Vertrag später ebenfalls abgeschlossen werden. Auch wurde dem Vorstand das Recht eingeräumt zum Abschluß von Freundschafts- und Kartellverträgen mit verwandten Unternehmerorganisationen, insbesondere mit dem Verband der Möbelfabrikanten und Großhändler. Soviel über die Generalversammlung des Arbeiterschutzesverbandes.

Auf dem Tischlertag wurde wiederum das auf den 22. vorhergehenden Tagungen dieser Art regelmäßig absolvierte Programm zum 23. Male in wenig veränderter Auflage heruntergelesen. Nach unserer Übersicht ist der einzige Unterschied des Dessauer Tages vor den früheren Tagungen nur der, daß Herr Pauli diesmal nicht über die sozialpolitische Gesetzgebung, sondern über den noch gar nicht bekanntgegebenen Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, gesprochen hat. Sonst wurde wieder einmal reichlich gestöhnt und geschimpft über den Tagesunterricht an den Fortbildungsschulen, durch die der Ausbeutung der Lehrlinge einige Grenzen gezogen werden; die Herren Tischlermeister wollen sich denn auch durch eine Verlängerung der Lehrzeit auf 3 1/2 Jahre dafür schadlos halten. Weiter wurde in der allhergebrachten Weise über die Lehrlingsfrage verhandelt, wurde der lächerliche Beschluß erneuert, durch Abänderung des Handwerkergesetzes die Großbetriebe zu den „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Innungen heranzuziehen.

Neu war ein Antrag des Rheinischen Provinzialverbandes, einen Schutz vor Abschaffung der Affordarbeit zu schaffen. Nach Herrn Fränken-Cresfeld handelt es sich bei der Abschaffung der Affordarbeit nur um eine Prämie auf die Faulheit der Gehilfen. Nur durch Beibehaltung der Affordarbeit habe man die Möglichkeit, die Lohnschraubungen einzuschränken. Wo nur in Lohn gearbeitet werde, da gehe die Leistungsfähigkeit und Intelligenz der Arbeiter zurück. Alle Innungen sollen deshalb verpflichtet sein, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Affordtarife mit den Gehilfen zu vereinbaren. Nur dadurch sei auch die Möglichkeit gegeben, „daß weniger tüchtige Gesellen auch Arbeit behalten und sich weiter ausbilden können, und daß dieselben nicht, wie es jetzt öfter vorkommt, wegen ihrer weniger guten Ausbildung und Leistungen keine Arbeit mehr bekommen können und so in die Reihen der Unzufriedenen hineingetrieben werden“. Ob die Herren Tischlermeister wohl glauben, daß sie mit solchen Beschlüssen auf die verantwortlichen Arbeiter Eindruck machen!

Schlüssig wurde wiederum zum Submissionswesen Stellung genommen. Ein Beschluß bezüglich des Befähigungsnachweises wurde nicht gefaßt, „da im gegenwärtigen Augenblick in den gesetzgebenden Körpern keinerlei Aussicht sei, die Frage zur Behandlung zu bringen“. Dagegen wurde Beitritt des Tischlertags zur Mittelstandvereinigung beschlossen. Der Vorsitzende des Tages wurde in den Zentralvorstand der Vereinigung delegiert und dieser ein jährlicher Beitrag von 600 M. zugesichert. Auch zur Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nahm man Stellung. Gegen eine Verleihung der Rechtsfähigkeit an diese Vereine hat man grundsätzlich nichts einzuwenden, dagegen wurde es als „unbedingt erforderlich“ bezeichnet, „daß zuverlässige Kartellen geschaffen werden gegen den Mißbrauch der Rechtsfähigkeit seitens der Sozialdemokratie zum Zwecke der Verwirklichung politischer Bestrebungen“. Insbesondere dürfe den Arbeiterberufsvereinen keine Ausnahmestellung eingeräumt werden vor den anderen eingetragenen Vereinen, und es müßten außer der zivilrechtlichen Haftbarkeit der Arbeiterberufsvereine auch der Schutz der Arbeitswilligen und in Streitfällen Repressivmaßregeln sichergestellt werden. Das glauben wir den Tischlerinnungsmeistern gern, daß sie mit einem Gesetz über die rechtliche Stellung der Berufsvereine einverstanden sind, wenn es gegen die Gewerkschaften, und gegen diese ganz allein, Bestimmungen im Sinne der Zuchthausvorlage seligen Andenkens enthält.

Gegen das in Aussicht stehende Gesetz betreffend die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit soll entschieden Stellung genommen werden, ferner sollen die Innungen mit allen Mitteln dahin streben, eigene Arbeitsnachweise zu bilden oder, wo dies nicht möglich ist, paritätischen Arbeitsnachweisen zuzustimmen, unter allen Umständen und auf das entscheidendste aber Gesellenarbeitsnachweise zu bekämpfen.

Alle diese Beschlüsse haben ja für uns nur wenig praktische Bedeutung, denn sie werden von keiner vollen Macht gestützt: die Tischlerinnungen, die als die Macher des Tischlertages gelten können, sind lange überlebt. Ihr Einfluß auf das

Gewerbe ist nur gering, und lösende Redensarten und hochmögliche Beschlüsse können über diese Bedeutungslosigkeit nicht mehr hinwegtäuschen. Eine ernste Organisation ist nur der Arbeiterschutzesverband, seinen Beschlüssen müssen wir das größte Interesse entgegenbringen. Denn mit dieser Unternehmerorganisation werden wir in der nächsten Zukunft die meisten Auseinandersetzungen und Kämpfe zu führen haben. Deshalb werden wir die Entwicklung des Arbeiterschutzesverbandes stets im Auge behalten müssen.

Die Lauterberger „Aussperrung“.

Viel Gutes hat man aus Lauterberg seit dem großen Kampfe des Jahres 1896 nicht gehört. Unsere zehnjährige Verbandsentwicklung ist an unseren dortigen Kollegen spurlos vorübergegangen. Während sonst unsere Kollegen in ganz Deutschland sich aufrüsteten zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen, haben die Lauterberger Kollegen geschlafen. Statt dessen blühte und gedieh der Lauterberger Fabrikantenverein, der bei diesem Stande der Dinge unumschränkt herrschte und sich Dinge herausnehmen konnte, die sich die Arbeitererschaft anderer Städte nie und nimmer hätte gefallen lassen. Nur ein kleines Häuflein hat, wenn auch manchmal recht verzagt, das Banner des Verbandes hochgehalten. Nur im letzten Jahre ist darin eine bescheidene Wandlung zum Besseren eingetreten.

Die Fabrikanten waren deshalb nicht wenig überrascht, als sich vor einigen Wochen eine „Lohnbewegung“ einstellte. Eigentlich kann man ja die Vorgänge kaum als solche bezeichnen. Die Puzer bei der Firma Weiß & Hildebrandt — Kaiserlautern Angehörigen — forderten eine geringe Lohn-erhöhung und lösten ordnungsgemäß ihr Arbeitsverhältnis, als ihrer Forderung nicht entsprochen wurde. Auch die übrigen Arbeiter, denen das Buzen angefallen wurde, erklärten, wenn die eingelübten Puzer bei dieser miserablen Dreiarbeit nicht zurecht kommen, dann können wir erst recht nichts werden. Sie verweigerten die Hausreiserdienste. Auf der ganzen Welt ist's nun so, daß man auf Dienste verzichten oder mehr bezahlen muß, wenn man zu billigerem Preise die Arbeit nicht gemacht bekommt. Anders natürlich in Lauterberg. Die Fabrikantenvereinigung „stellte fest“, daß die Forderung der Puzer ungerecht sei, die Löhne seien auskömmlich, sogar höher als sonst in Lauterberg. Diese Feststellung genierte natürlich die Puzer recht wenig, so daß von den Fabrikanten ein neues Register ausgezogen wurde. Man berief die Fabrikatenschüsse zusammen (das ist eine mittelalterliche Einrichtung), auch die bekannten ältesten Leute in Lauterberg können sich nicht entsinnen, wann und wo diese Fabrikatenschüsse zustande gekommen sind. Kein Wunder, daß diese Einrichtung völlig einflußlos auf die Arbeitererschaft ist. Auch diese Aktion verpuffte wirkungslos. Jetzt fuhr man mit schwerem Geschütz auf; es erschien folgender Anschlag an sämtlichen Fabriken:

Bekanntmachung.

Den ernstlichen Bemühungen der hiesigen Fabrikanten ist es nicht gelungen, die Differenzen bei der Firma Weiß & Hildebrandt in Güte beizulegen, trotz der übernommenen Verpflichtung der genannten Firma, die Puzerlöhne vom 1. Januar 1907 zu erhöhen. Die bedauerliche Erfolglosigkeit unserer Bemühungen ist auf das Bestreben der Vertreter des Holzarbeiterverbandes zurückzuführen. Die Unterzeichneten sehen sich deshalb genötigt, den in ihren Betrieben beschäftigten Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes mit dem heutigen Tage zu kündigen und am 4. August zu entlassen. Die Kündigung soll aufgehoben werden, wenn entweder die bei der genannten Firma beschäftigten Leute die Puzararbeiten, soweit nötig, ausführen oder wenn die Firma die nötige Anzahl geeigneter Leute zu den betreffenden Arbeiten bekommt.
Lauterberg, den 28. Juli 1906.

Gebrüder Angerstein.
A. S. Hillegeist.
Galtenhoff & Reibler.
F. W. Galtenhoff.
Gustav Mennecke.
Oberfelder Möbelfabrik.
Kojahn & Mayer.
Weiß & Hildebrandt.

Die Behauptung der Bekanntmachung, die Vertreter des Holzarbeiterverbandes hätten eine Verständigung verhindert, steht mit den Tatsachen in Widerspruch. Unser Verband hat lediglich, wie es seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit war, die arbeitslosen Puzer unterstützt, sie vor Not bewahrt, und deshalb wollten die menschenfreundlichen Fabrikanten unsere Mitglieder aussperrten.

Die Wirkung des Anschlags war überraschend. Gatten die Fabrikanten gehofft, die Lauterberger Stuhlarbeiter

würden wie bisher kusch machen und zu Kreuze kriechen, so hatten sie sich gründlich getäuscht. Wohl entstand im ersten Augenblick einige Verwirrung, und da mögen wohl einzelne Kollegen den Verband verleugnet haben. Als aber die Verbandsleitung die Parole ausgab: „Die Fahne hoch!“, da meldete sich Trupp um Trupp in den Kontoren der Fabriken und erklärten, wir sind Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, wir wollen mit ausgesperrt werden, wenn ausgesperrt wird. Hunderte von Mitgliedern sind in diesen Tagen für unseren Verband gewonnen, und alle erklärten, der ihnen widerfahrenen Vergewaltigung entgegenzutreten und dem Großmachtsstünkel der Fabrikantenvereinigung, der ihre bisherigen Erfolge zu Kopfe gestiegen seien, einen ordentlichen Dämpfer aufsetzen zu wollen. Wenn wir im Verband die Einwirkung der Ehrenmitglieder hätten, dann müßte den Lauterberger Fabrikanten ob ihrer Verdienste um unsere Organisation die Ehrenmitgliedschaft angetragen werden! Mühsam macht schartig, das mögen sich die Herren Stuhlfabrikanten in Lauterberg gesagt sein lassen. Für unsere Lauterberger Kollegen hat eine Aussperrung ihre Schrecken verloren, bekommen sie doch nahezu so viel Verbandsunterstützung, wie ihr Verdienst beträgt. Und auch für unseren Verband haben sich in den letzten 10 Jahren die Verhältnisse sehr zugunsten verändert. Damals mögen die 120 000 Mk., die der damalige Kampf gekostet hat, ein böser Brocken für den Verband gewesen sein, heute sind solche Summen zwar keine Bagatelle, sie vermögen aber unseren Millionenetat nicht zu erschüttern.

Im gegnerischen Lager wurde es angefaßt dieser Umstände recht schwül. Schon zu Anfang der Bewegung hatten einige der Herren es nicht einsehen können, warum sie für Weiß & Hildebrandt die Kastianen aus dem Feuer holen sollten. Während es in einzelnen Betrieben sehr genau mit der Feststellung der Aussperrenden genommen wurde, lief in anderen Betrieben der Chef durch die Werkstätten und sagte zu den Arbeitern: „Sie sind doch nicht im Verband?“, wartete aber eine Antwort gar nicht ab und stellte so fest, daß er keine Verbandsmitglieder habe und nicht auszusperrn brauche. So kam es, daß einzelne Betriebe nur Verbändler hatten und alles aussperrn mußten, während die anderen davon verschont blieben, weiter arbeiten konnten und sich in den Kundenkreis der von der Sperre betroffenen Fabriken teilen konnten. Die Situation wurde ungünstlicher, je näher der Tag der Aussperrung heranrückte. Am Entlassungstag, dem 4. August, wurde denn auch zum Rückzug geblasen. Die Fabrikantenvereinigung trat zusammen und faßte folgenden Beschluß:

„Um den vielseitig widersprechenden Behauptungen entgegenzutreten und um die Tatsache klarzustellen, erklärt sich die Firma Weiß & Hildebrandt auf Veranlassung des Fabrikantenvereins Lauterberg bereit,

1. die strittigen Vorkaufskassen, die bislang mit 24 Pf. pro Stück bezahlt wurden, sofort mit 27 Pf. zu bezahlen, um eventuelle Differenzen bezüglich des Furnierens zu vermeiden;
2. vom 1. Januar 1907 ab auf sämtliche übrigen Kästen gleichfalls 3 Pf. pro Stück zu bewilligen.“

Am Montag den 6. August ist dann eine Verständigung zustande gekommen, nach welcher die Firma sofort auf alle Kästen 3 Pf. zulegt und auf gewisse Sorten am 1. Januar noch einmal 3 Pf. Die Arbeit wurde unter diesen Bedingungen wieder aufgenommen. Zur Ehre der Fabrikanten muß gesagt werden, daß einzelne der Herren sich ganz energisch ins Zeug gelegt haben, um die Affäre aus der Welt zu schaffen.

Nun, die Moral von der Geschichte: Die Fabrikanten werden es sich sicherlich überlegen, ehe sie ein zweites Mal um solcher Bagatellen willen mit dem Feuer spielen und Aussperrungen androhen. Sie werden einsehen, daß sie mit Kanonen nach Spazern geschossen haben. Die Vereinigung der Fabrikanten wäre als Hort des Friedens und der Eintracht gepriesen worden, wenn sie anfangs den Standpunkt eingenommen hätte, den sie zuletzt vertrat. Die Firma Weiß & Hildebrandt wäre als der humanste Arbeitgeber weit und breit gepriesen worden, wenn sie die nachher gemachten Zugeständnisse gewährt hätte, ehe die Differenzen die scharfen Formen annahmen. Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, wird jeder Unbefangene sagen müssen, daß der Erfolg auf der Seite des Holzarbeiterverbandes liegt. Der Verband selbst braucht diese Renommance nicht, der ist in einer viel zu guten Verfassung, um sich solcher Mittel zu bedienen. Die öffentliche Meinung wird aber nicht umhin können, festzustellen, daß der Holzarbeiterverband es war, der die Wendung zum Besten der Holzarbeiter Lauterbergs herbeiführte. Das hätten sich die Herren sparen können. Es muß aber auch als ein unwürdiger Zustand erachtet werden — unwürdig für die Fabrikantenvereinigung —, wenn beschlossen wird, mit dem Vertreter des Verbandes nicht zu verhandeln, und dann einzelne sich mit dem Verbandsvertreter einlassen, um am Schlusse mit dem Auguren lächeln zu bemerken: „Wir haben nicht miteinander gesprochen. Wir haben nichts miteinander abgemacht.“ Die Tatsache besteht, daß in der Lauterberger Stuhlindustrie der Fabrikantenverein und der Holzarbeiterverband Einfluß besitzen. Mit dieser Tatsache muß gerechnet werden. Je eher, desto besser. Beiden Organisationen liegt das Wohl der heimischen Industrie gleich nahe, und beide sollten den Weg der Verständigung im Interesse der Lauterberger Stuhlindustrie suchen und finden.

Und auch mit unseren Kollegen muß ein ernstes Wort geredet werden. Der eben beendete Konflikt muß eine Wendung in der Lauterberger Stuhlarbeiterbewegung darstellen. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation ist hierbei besser nachgewiesen worden, als 1000 Redner das vermöchten. Fort mit aller Zwietracht, fort mit allem Neid und Haß

aus den Reihen der Kollegen! Warum muß denn der eine des andern Teufel sein? Die Interessen aller sind die gemeinsamen, wir gehören zusammen. Nehmt euch ein Beispiel an euren Fabrikanten, die samt und sonders der Vereinigung angehören, und so scharf sie sich sonst auch im Konkurrenzkampf bekriegen mögen, — der Arbeiterschaft gegenüber sind sie einig, da halten sie zusammen wie Pech und Schwefel. Das müssen wir ihnen nachmachen. Nur wenn ihr alle einig und geschlossen zusammenhaltet, dürft ihr auf eine Besserung eurer Arbeitsverhältnisse hoffen. Die Organisation, der Verband ist die Stätte der Zuflucht. Sucht nicht Trost und Betäubung im Fusel, der hier und da noch eine verhängnisvolle Rolle spielt, nein, hinein in die Organisation. Die Parole sei:

„Alles mit und alles durch den Verband!“

Aus den Jahresberichten unserer Arbeitersekretariate für 1905.

III.

(Schluß.)

gh. Die Mitteilungen unserer Arbeitersekretariate über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestätigen, daß der wichtigste Schutz der Arbeiter eine starke Gewerkschaft ist. Wo diese fehlt, herrschen die denkbar traurigsten Zustände. Das zeigt sich bei den Dienstmädchen, namentlich auf dem Lande. Was geschieht, berichtet das Arbeitersekretariat Stettin, nicht noch alles bei uns auf dem Lande! Da haben wir die noch nicht 15 jährige Dienstmagd . . ., welche sich zum 1. August 1904 beim Gutbesitzer G. in Zietzenmühle als Küchenmädchen vermiethet hatte. Sie sollte nur das Abwaschen, Kartoffelschalen besorgen, Töpfe reinigen und Holz heranschaffen. Nachdem sie aber ihren Dienst angetreten hat, wird sie schon um 4 Uhr morgens aus dem Bette gejagt, um für die Leute die Suppe zu kochen. Sie mußte die Stuben der Knechte reinigen, Kartoffel kochen, Fenster putzen und wurde den ganzen Tag über so mit Arbeit bedacht, daß ihr jugendlicher Körper einer solchen Anstrengung nicht gewachsen war. In ihrer Not wendet sich die Magd an ihre Mutter. Die blutarme alte Frau rafft in ihrer Angst ihre letzten Ersparnisse zusammen, setzt sich auf die Bahn und holt ihre Tochter nach Hause. Die Tochter brachte sie denn auch wirklich aus den Händen ihrer „Herrschaft“, nicht aber die Sachen ihrer Tochter; die wurden von der „Herrschaft“ zurückgehalten. Es kam zur Klage vor dem Amtsgericht zu Angermünde, welches das Dienstmädchen zum Schadenersatz verurteilte. Das Gericht erkannte zwar an, daß das Mädchen zu anderen Arbeiten verwendet war, als im Arbeitsvertrag festgelegt worden war, und daß den ihm zugemuteten Arbeiten der jugendliche Körper des Mädchens vielleicht noch nicht gewachsen sein mochte. Aber das noch nicht 15 Jahre alte Mädchen — so lautet das Urteil des Amtsgerichtes weiter — und die arme alte Mutter hätten, bevor das Mädchen aus der Stelle scheidet, bei der Herrschaft um Abstellung der Mißstände vorstellig werden sollen. Weil sie das nicht getan haben, wurden sie verurteilt. Und wirklich mußten die armen Leute der reichen Herrschaft 80 Mk. als Schadenersatz bezahlen, dann erst bekamen sie die Sachen der Tochter heraus.

Die männlichen Arbeiter erfreuen sich derselben liebevollen Behandlung ihrer Herrschaft. Dies ergibt sich aus der folgenden Beschwerde eines Arbeiters an die Regierung in Stettin: „Der Ökonomierat M. in Woltersdorf hat mir während meines Dienstes bei ihm selbst die notwendigste Kost verweigert. Ich habe in der Woche nur höchstens dreimal Fleisch zu Mittag erhalten. An den Wochentagen, an denen es kein Fleisch gab, wurden mir nur in Wasser gekochte Kartoffeln und gekochte Apfelschalen vorgefetzt. Im Sommer mußte von 4 Uhr morgens bis 9 Uhr vormittags gearbeitet werden, ohne daß es bis 9 Uhr, wo gebrüht wurde, das geringste zu essen gab. Stwas Wurst oder Schinken wurde am Sonntag oder zum Abendessen als Verköstigung. Es gab immer nur Calfheringe. Zum Trinken haben wir das Wasser von der dicken Milch bekommen. Bei dieser Kost kann man, wenn man schwere Stallarbeit verrichten soll, nicht bestehen.“ Der Arbeiter war denn auch aus diesem Dienste vor Ablauf der vorgesehenen Dienstzeit ausgetreten.

In den Städten sind es außer den Metzgern, Bäckern, Kellnern usw. die Handelsangestellten, die unter dem Mangel einer starken Gewerkschaft schwer zu leiden haben. In Mannheim wurde eine Kontoristin für 40 Mk. pro Monat beschäftigt. Dabei war von ihr sachgemäße Buchführung und Korrespondenz, Kenntnis der englischen Sprache und Fertigkeit im Stenographieren verlangt. Um angeblich eine bessere Kraft einzustellen, wurde das Fräulein des Diebstahls bezichtigt und ohne Kündigung entlassen. Es kam zur Klage vor dem Kaufmannsgericht. Die Verhandlung ergab die Haltlosigkeit der Anschuldigung. Der Prinzipal mußte eine angemessene Entschädigung bezahlen.

Obt genug ist es auch den Gewerbe- beziehungsweise Kaufmannsgerichten nicht möglich, eine offenkundige Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter zu verhindern, weil die in Frage kommenden Unternehmer ihre wirtschaftliche Übermacht in einer solchen Weise ausnutzen, daß dagegen „von Gesetzes wegen“ gar nichts zu machen ist. So hat dem Düsseldorfser Bericht zufolge eine Fabrikleitung den Arbeitern folgende Abmachung aufgezwungen: „Alle Arbeiter sind ihren Vorgesetzten im Dienste unbedingten Gehorsam schuldig; Ungehorsam und Unzufriedenheit gegen dieselben berechtigen zur sofortigen Entlassung.“ Dazu heißt es in dem Bericht: In der hiesigen Großindustrie bestehen durchweg längere Kündigungsfristen. Um aber den Unternehmern eine möglichst große Bewegungsfreiheit in der Entfremdung misliebiger Arbeiter zu gewähren, sind oft bedeutungslose Anlässe als Grund zur sofortigen Entlassung vorgefunden. In manchen Betrieben ferner müssen die Arbeiter beim Austritt aus dem Arbeitsverhältnis eine Quittung über den Empfang der Arbeitspapiere ausstellen. Daß sich aber auf dem Quittungsformular auch die Erklärung, keinerlei Ansprüche mehr gegen die Firma zu haben, befindet, wird den Arbeitern nicht gesagt. Die Arbeiter selbst achten nicht darauf, sie unterschreiben den vorgelegten Schein und können dann, wenn ihnen tatsächlich unberechtigte Abzüge gemacht oder ent-

schädigungspflichtiger Schaden verursacht worden ist, ihren Rechtsanspruch gegen die Firma nicht verfolgen.

Freilich dort, wo kein Gewerbegericht besteht, also in kleinen Städten und auf dem Lande, ist es den Arbeitern überhaupt sehr schwierig, auch dann, wenn sie das formelle Recht auf ihrer Seite haben, zu ihrem Rechte zu kommen. Ja, der Frankfurter Bericht führt einen Fall an, in dem der Bürgermeister Alberti in Müdesheim ein Dienstmädchen eines Hotelbesizers auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes vom Jahre 1890 (!) zu einem Termin vorgeladen, und das Mädchen weil es zu dem Termin nicht erschienen und „Gründe, welche den Antrag (des früheren Arbeitgebers) als unberechtigt erscheinen ließen, nicht vorgebracht sind“, zur Zahlung von 9,80 Mk. als Entschädigung wegen Kontraktbruchs verurteilt. Der Herr Bürgermeister mußte sich vom Arbeitersekretariat darüber belehren lassen, daß erstens das Gesetz vom Jahre 1890 durch die Novelle vom Jahre 1901 abgeändert ist, und daß dem Bürgermeister sowohl nach dem früher als auch nach dem jetzt geltenden Gesetz eine Entscheidung, wie sie der Herr getroffen, nicht zusteht.

Der Leipziger Bericht weist auf die hohen Gebühren, die in manchen Orten Sachsens, besonders in den Ortschaften nahe bei Leipzig für neu auszustellende Arbeitsbücher erhoben werden. Die Gewerbeordnung schreibt zwar vor, daß die Gebühr nur höchstens 50 Pf. betragen darf. Die betreffenden Gemeindebehörden erheben aber außerdem noch eine besondere Gebühr in der Höhe bis zu 5,50 Mk. für die zu erlassende öffentliche Bekanntmachung über den Verlust des alten Arbeitsbuchs. Die Sache kam in Leipzig, wo die Gebühr 2,50 Mk. betrug, vor das Stadtverordnetenkollegium. Die hierauf eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß sich die angefochtene Gebührenerhebung auf eine sächsische Gewerbeordnung aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stützt, die selbstverständlich mit der betreffenden Bestimmung der Gewerbeordnung nicht in Einklang gebracht werden kann. In Leipzig wurde demgemäß mit diesem alten Topf aufgeräumt. Hoffentlich geschieht das gleiche auch in den anderen Orten, in denen es noch nötig ist.

Mit der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen bekommen die Arbeitersekretariate mehr und mehr zu tun. Allmählich gewöhnen sich die Arbeiter daran, auf die Mißstände in den Fabriken zu achten und das, was ihnen ungebührlich erscheint, mit den Arbeitersekretariaten zu besprechen. Letztere tun dann das, was zur Befreiung der erweisbaren Verstöße gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz notwendig ist. In vielen Bezirken freilich beteiligen sich an dieser wichtigen Arbeit noch lange nicht alle Arbeiter. Zu wünschen wäre daher, daß das Verständnis für die große Bedeutung dieses Teils der Wirksamkeit unserer Arbeitersekretariate in immer weitere Kreise dringt.

Durch diese Mitteilungen wollen wir auch in diesem Jahre die Aufmerksamkeit unserer Leser auf den wertvollen Inhalt der Arbeitersekretariatsberichte lenken. In jedem dieser Berichte finden wir eine Fülle von Material, das uns in die heute herrschenden Mißstände Einblick gewährt und uns auf manche Gefahr, mit welcher gerade die Arbeiter des betreffenden Bezirkes am meisten zu rechnen haben, aufmerksam macht. Deshalb sollte sich jeder Arbeiter den Bericht des ihm am nächsten gelegenen Arbeitersekretariats verschaffen und durchlesen.

Aus der Schweiz.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband hat in letzter Zeit einige schätzbare Fortschritte gemacht. Seit 1. Juli erscheint in Basel das neue und selbständige Verbandsorgan „Die Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“ in deutscher und französischer Sprache und in großem Format. Im Einführungsartikel wird daran erinnert, daß schon vor 20 Jahren der erste Versuch mit einem eigenen Organ für die Holzarbeiter gemacht wurde, und zwar von der Züricher Holzarbeitergewerkschaft, der jedoch bald wieder aufgegeben wurde. Im Jahre 1887 folgten die Mitteilungen für schweizerische Holzarbeiter, die 1888 durch den „Holzarbeiter“ ersetzt wurden, der bis 1898 erschien und dann wieder fallen gelassen wurde. Der Luzerner Verbandstag von 1904 bestimmte die in Bern erscheinende „Arbeiterstimme“, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, als sein obligatorisches Organ, das die vierte Seite ausschließlich unseren Kollegen überließ und den Verbandsmitgliedern unentgeltlich zugestellt wurde. Mit dem erfreulichen Aufschwung des Verbandes, der heute über 7000 Mitglieder zählt, machte sich das starke Bedürfnis nach einem eigenen selbständigen Verbandsorgan geltend, dessen Schaffung nun beschlossen wurde, und das in seiner vorliegenden Gestalt bei allen Mitgliedern Anklang und Befriedigung findet. Redakteur desselben ist unser Kollege Verbandssekretär Heinrich Ueber, der jahrelang der Zentralpräsident unseres Verbandes war, und der vor kurzem in der Urabstimmung mit 2025 von 2471 abgegebenen Stimmen neben dem Kollegen M. Pauli zum zweiten ständigen Verbandsbeamten gewählt wurde. Da auch die Züricher Kollegen in der Person des Kollegen Grimm einen Vorstandsbeamten haben, so sind heute drei unabhängige Kräfte im Dienste der schweizerischen Holzarbeiterbewegung tätig. Als Zentralpräsident an Stelle des Kollegen Ueber wurde Kollege Joseph Heinger gewählt.

Das neue Verbandsorgan will nach seinem Programm artikel eine der Hauptaufgaben im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit sein und vorerst die Schäden und Praktiken, die in Fabriken und Werkstätten herrschen, aufdecken und die betreffenden Unternehmer an den Pranger stellen. Als ihre vornehmste Pflicht erachtet die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“, mit aller Energie für die Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken, und wenn sie von den Verbandskollegen tatkräftig unterstützt werde, werde sie auch auf diesem Gebiet den Kollegen sich nützlich erweisen und schöne Erfolge erringen können. Selbstverständlich ist die Hauptaufgabe die weitere Ausbreitung und Stärkung des Verbandes, um das Streikverbot immer mehr durchzusetzen, einen starken Kriessfonds zu schaffen und der starken Unternehmerorganisation auch eine starke Arbeiterorganisation entgegenzustellen. In diesem Sinne ist denn auch das neue Verbandsorgan tätig.

Verschiedene verwandte Verbände haben sich in den letzten Wochen auf ihren Generalversammlungen mit der Frage des Anschlusses an unseren Verband beschäftigt, so die ber-

Glaser, Bildhauer und Tapezierer. Die ersteren haben auf ihrem Verbandstag in Winterthur den Antrag auf Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband mit fünf gegen vier Stimmen abgelehnt, jedoch ist das Verhältnis im Verband, der gegenwärtig über 800 Mitglieder zählt, insofern ein anderes und ungünstigeres, als hier die große Mehrheit dagegen ist. Die Bildhauer lehnten die Verschmelzung fast einstimmig ab, und nur die Tapezierer beschloffen sie mit 11 gegen 2 Stimmen, und in der Urabstimmung wurde der Beschluß des Verbandstags mit 206 gegen 60 Stimmen bestätigt. Der Tapeziererverband zählt zirka 350 Mitglieder, um die sich der Holzarbeiterverband verstärkt.

In St. Gallen ist der Kampf unserer Kollegen nach zehnwöchiger Dauer erfolgreich beendet worden, wenn auch der Erfolg kein voller ist. Es wurde zwischen den beiden Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, der 14 Artikel umfasst und folgende Bestimmungen enthält: 9 1/2 stündige (statt der vorherigen zehnstündigen) Arbeitszeit, minimaler Stundenlohn von 50 Rappen (40 Pf.), „durchschnittlicher“ von 58 Rappen für den gelernten Schreiner, Ausnahme davon für jüngere und ältere schwächere Arbeiter, täglicher Zuschlag von 50 Rappen bei Anschlagarbeit im Bau, Minimallohn von 55 Rappen für Maschinisten, Lohnzuschläge von 25 Prozent für Überstunden, von 50 Prozent für Nacht- und von 100 Prozent für Sonntagsarbeit, Feierabend spätestens um 5 Uhr nachmittags an den Vorabenden vor Sonn- und Festtagen, 14 tägige Lohnzahlung, die jedoch auch eine achtstündige sein kann, achtstündige Kündigung, 14 tägige Probezeit, sofortige Entlassung von Blauschneidern, Beschränkung der Lohnkautions auf zwei Tagelöhne, Bezahlung der Fahrt beziehungsweise des Mittagessens durch den Meister bei auswärtiger Arbeit von 3 Kilometer Entfernung, Lohnzuschlag von 1.50 Fr. für ledige und 2 Fr. für verheiratete Arbeiter bei Entfernung von über 5 Kilometern, Beitrag des Arbeiters zur Unfallversicherung bis höchstens zur Hälfte der Prämie, Revision der Allortdarle entprechend den festgesetzten Minimallohnen, Eintragung der beiderseitigen Organisationen in das Handelsregister, Vertragsdauer bis 1. Juni 1908 mit vierteljährlicher Kündigung, Freigabe des 1. Mai, Bestellung eines vierteljährigen Schiedsgerichtes, in das jede Partei zwei Vertreter zu entsenden hat und dessen Obmann ein Unparteiischer sein soll, zur Entscheidung von Tarifstreitigkeiten.

Die Glaser in St. Gallen haben nach ungefähr ebenso langem Kampfe fast den gleichen Tarifvertrag abgeschlossen, während die Zimmerleute in der ersten Augustwoche unter Aufrechterhaltung der Arbeit ohne den Abschluß eines Tarifvertrages wieder aufgenommen haben.

An den großen Kämpfen in Zürich, die unseren Lesern zweifellos aus der Tagespresse bekannt sind, waren auch die Holzarbeiter beteiligt. Sie waren in drei Geschäften wegen der Einführung der achtstündigen Lohnzahlung und Abschaffung der Allortdarle in den Streik getreten, den die Schreinermeister durch die Ausperrung sämtlicher Schreiner auf dem Platze Zürich niederringen wollten. Die große Mehrheit der Meister verweigerte jedoch den Scharfmachern den Gehorsam, denn nur 16 sperren etwa 400 Gehilfen aus, während 76 Meister die Ausperrung ablehnten und damit den Terrorismus der Geher und Wähler im Schreinermeisterverein zurückwies. Die Ausperrung hatte also Fiasco gemacht, das auch die mit assenartiger Geschwindigkeit fabrizierte Schwarze Liste von 800 Arbeitern nicht hätte verhindert werden können. So gingen denn auch die Herren zum Einigungsamt, vor dem der Hauptgeschäftsmacher des Meistervereins, Gaug, resigniert erklärte, daß die Meisterorganisation gegenüber der starken Organisation der Holzarbeiter auf dem Platze Zürich ohnmächtig sei! Es kam dann ein Tarifvertrag mit folgenden wesentlichen Bestimmungen zustande: 9 stündige, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen 8 1/2 stündige Arbeitszeit, minimaler Stundenlohn von 60 Rappen, vom 1. Juli 1907 ab von 63 Rappen für gelernte Schreiner, dessen Herabsetzung für schwächere Arbeiter nur unter Mitwirkung eines Werkstattdelegierten erfolgen darf, minimaler Tagelohn von 4.50 Fr. für Handlanger bei einer 10stündigen täglichen Maximalarbeitszeit; in Betrieben mit 5 und mehr Schreibern beträgt der durchschnittliche Stundenlohn 65 Rappen, vom 1. Juli 1907 ab 68 Rappen. Sämtliche Arbeiten sind gegen Stundenlohn auszuführen und sind Ausnahmen nur für solche Arbeiten zulässig, für welche bereits Spezialtarife bestehen; die Lohnzahlung ist 14 tägig, jedoch ist nach 8 Tagen mit 30 Fr. eine Abschlagszahlung zu leisten. Die Lohnkautions darf nicht mehr als zwei Tagelöhne betragen; Verpflichtung der Meister zur Versicherung der Arbeiter gegen Unfall. In dem Streitpunkt Kündigung, die die Arbeiter auf 8 Tage festsetzten, die Meister aber gänzlich abschaffen wollten, sind letztere leider Sieger geblieben. Immerhin bietet auch der kündigungslose Zustand für die Arbeiter mancherlei Vorteile und nicht allein Nachteile. Der neue Tarifvertrag gilt bis 31. März 1908 und kann Ende 1907 auf 3 Monate gekündigt werden. Geschieht das nicht, so bleibt der Vertrag auf ein weiteres Jahr, eventuell auch noch mehrere Jahre in Kraft. Der Tarifvertrag muß in jedem Arbeitsraum an gut sichtbarer Stelle angebracht werden. Für das Übergangsstadium wird bestimmt, daß auf dem Platze Zürich anläßliche Schreiner in erster Linie anzustellen sind, Maßregelungen nicht vorgenommen werden dürfen. Gegenüber Nichtverbandsfirmen, die den Vertrag nicht anerkennen, dürfen die Arbeiter die Sperre aufrechterhalten.

Die meisten der errungenen neuen Bestimmungen bestanden bisher schon in den maßgebenden Betrieben, so daß der Erfolg in der Verallgemeinerung des Tarifvertrags für das ganze Gewerbe besteht. Er gilt aber nicht nur für die Stadt Zürich, sondern auch für die Umgebung.

Eine ganze Anzahl mehr oder weniger bedeutender Erfolge wurden auch in verschiedenen anderen Orten in jüngster Zeit von unseren Kollegen erkämpft.

Soziales.

Die Teuerung.

Die am 1. März in Kraft getretenen erhöhten Zollsätze für Getreide haben ausgesprochenemassen den Zweck, die Getreideeinfuhr zu verringern und dadurch den notleidenden

Landwirten erhöhte Preise für ihre Produkte zu bringen. Das durch diese Politik die arbeitende Bevölkerung schwer geschädigt wird, war der Regierung und der Reichstagsmehrheit, welche für die hohen Zollsätze eintrat, wohl bekannt, aber was schert es diese Herren, wenn der Menge derjenigen, die kein Getreide für den Markt produzieren, und das ist der weitaus größte Teil der Einwohner Deutschlands, ein Schaden erwächst; ihnen kommt es nur darauf an, der Handvoll Großgrundbesitzer, die sich selbst in angeborener Bescheidenheit für die Edelsten und Besten der Nation halten, die Taschen zu füllen; und dieser Zweck ist erreicht worden. Schon jetzt, wenige Monate nach dem kritischen 1. März, macht sich ein starker Rückgang der Getreideeinfuhr bemerklich, der besonders bei Mais, Hafer und Weizen ganz beträchtlich ins Gewicht fällt. Die Einfuhr von Roggen und Gerste hat zwar im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres eine kleine Steigerung erfahren, doch dürfte auch in diesen Getreidearten bald ein Rückschlag eintreten.

Hand in Hand mit dem Rückgang der Einfuhr geht eine exorbitante Preissteigerung. Hierüber gibt nachstehende Tabelle Auskunft, welche die je Mitte Juli in Berlin pro 1 Tonne gezahlten Preise wiedergibt. Es kostete in Mart:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
1903 . . .	132	165	123	140
1904 . . .	138	176	126	143
1905 . . .	150 1/2	178	135	154 1/2
1906 . . .	155	181 1/2	152	171

Zum Teil dürfte die Preissteigerung, die sich bei Roggen, Gerste und Hafer schon im Jahre 1905 bemerklich machte, auf die äußerst ungünstige Ernte dieses Jahres zurückzuführen sein, aber die Wirkung des Ernteausfalls wurde für Deutschland empfindlich verschärft durch die famose Zollpolitik.

Das laufende Jahr verspricht eine bessere Ernte, und in früheren Jahren machte man auch stets die Beobachtung, daß gute Ernteausichten schon im Juli einen Rückgang der Getreidepreise veranlassen. In diesem Jahre merkte man davon nichts, obwohl der Monat Juli sich durch eine außerordentlich günstige Witterung auszeichnete. Im Gegenteil, fast alle Lebensmittel waren im Juli teurer als im Juni. Während nach den Preisberichten des deutschen Landwirtschaftsrats die Preise aller Getreidearten im Juli 1905 niedriger waren als im Juni desselben Jahres, stieg nach der gleichen Quelle im Jahre 1906 vom Juni auf Juli der Preis für die Tonne Weizen um 1.50 Mk., Roggen um 1/2 Mk., Hafer um 4 Mk., Mais um 80.45 Mk., nur Gerste blieb stabil. Nicht allein beim Getreide, auch bei den sonstigen Lebensmitteln ist im Juli eine weitere Steigerung der schon im Juni nicht geringen Preise eingetreten. Kartoffel zum Beispiel, die Ende Juni 4 bis 6 Mk. pro Doppelzentner kosteten, stiegen Ende Juli auf 6 bis 9 Mk. Der Zentner Butter kostete Ende Juni 105 Mk., Ende Juli 106 Mk. usw.

Die Viehpreise steigen ebenfalls noch fortwährend und sind zum Teil ganz erheblich höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres. In Berlin wurde pro Zentner Lebendgewicht bezahlt in Mart:

	Juli 1905	Juni 1906	Juli 1906
Ochsen . . .	28—48	28—48	27—50
Rälber . . .	25—55	25—58	26—61
Schafe . . .	27—40	26—40	29—45
Schweine . .	65—67	57—64	64—68

Entsprechend der Erhöhung der Viehpreise steigt auch der Fleischpreis, und in manchen Arbeiterfamilien hat man sich infolge der Unerschwinglichkeit der Preise schon ganz des Fleischgenusses entwohnt. Während alle Welt über die Höhe der Lebensmittelpreise klagt, schmunzeln die Agrarier, denn ihr Weizen blüht. Das Schreien nach Maßnahmen zum Schutze der notleidenden Landwirtschaft hat sich bezahlt gemacht. Ihr Geldbeutel rundet sich durch den kristallisierten Schweiß des arbeitenden Volkes, und neue Mittel sind vorhanden, um die Kosten der fashionablen Vergnügungen zu bestreiten. Leichten Herzens können wieder Tausende beim Jeu und mit Weibern verpulvert werden, der gutmütige deutsche Michel zahlt den Nachkommen der Raubritter ohne Widerspruch seinen Tribut. Geduldig hungert er, weiß er doch, daß die „Blüte der Nation“ in Überfluß schwelgen kann.

Es wäre allerdings unrichtig, wenn wir das ganze deutsche Volk mit dem deutschen Michel vergleichen wollten, der sich die Zippellappe über die Ohren zieht und sich mit Wollust von den Herren malträtiert läßt. Die organisierten Arbeiter sind durchaus nicht willens, dem Raubzug auf ihre Taschen schweigend zuzusehen. Allenfalls regen sie sich, um einen Ausgleich zwischen ihren Einkommen und den rapid gestiegenen Lebensmittelpreisen herbeizuführen. Freilich sind die Kosten der Lebenshaltung dermaßen in die Höhe gegangen, daß sich das Unternehmertum entsetzt über die Begehrlichkeit der Arbeiter, wenn diese Forderungen stellen, welche den vollen Ausgleich herbeiführen sollen. Oft bedarf es langer Kämpfe und eines umständlichen Feilschens, um nur eine verhältnismäßig geringe Verbesserung der Löhne zu erzielen, und in den Berichten der Gewerbeinspektoren begegnet man nicht selten der Feststellung, daß die Erhöhung der Löhne mit der Steigerung der Lebensmittelpreise nicht gleichen Schritt gehalten hat.

Daß eine Lohnerhöhung überhaupt eingetreten ist, haben die Arbeiter vor allen Dingen dem Wirken der Gewerkschaften zu danken. Es ist ein erfreuliches Zeichen für die wachsende Intelligenz der deutschen Arbeiter, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den letzten Jahren eine so rapide Steigerung erfahren hat. Die Erkenntnis, daß nur durch einiges Zusammenwirken mit den Berufsgenossen in

großen Organisationen der für die Arbeiterschaft vererblichen Politik der deutschen Regierung einigermaßen entgegenwirken werden kann, bricht sich immer weiter Bahn. Aber noch stehen Tausende von Arbeitern abseits; diese zu gewinnen und sie zu klassenbewußten Mitkämpfern zu erziehen muß die Aufgabe eines jeden Kollegen sein. Wir wollen aber nicht vergessen, daß mit dem Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen die Aufgabe der Arbeiterschaft nicht erschöpft ist. Die Gewerkschaften als solche sind nicht in der Lage, Raubzüge auf die Taschen des Volkes, wie sie in Gestalt des Zollsatzes geschehen sind, zu verhindern; hier muß die Tätigkeit der Gewerkschaft durch die politische Organisation ergänzt werden. Der Arbeiter handelt unsinnig, der wohl die Verpflichtung zur gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennt, aber gleichzeitig den politischen Vorgängen gegenüber gleichgültig ist oder gar die Feinde der Arbeiterbewegung unterstützt. Angesichts der steigenden Preise der Lebensmittel infolge der volksfeindlichen Steuerpolitik muß sich jeder Arbeiter sagen: die Stärkung der Gewerkschaft ist unsere Pflicht, wir dürfen aber die politische Organisation der Arbeiterschaft niemals vernachlässigen.

Zum Präsident des Reichsversicherungsamtes ist der Geheim-Überregierungsrat Dr. Kaufmann ernannt worden, der bisher vortragender Rat im Ministerium des Innern war. Die Ara Gabel erhält damit hoffentlich eine bessere Nachfolge.

Der deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag findet am 4. und 5. September in Nürnberg statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Die Beschaffung von Maschinen und Werkzeugen für selbständige Handwerker. 2. Lehrbrief- und Lehrvertragsformulare der Innungsverbände. 3. Die Führung der Titel „Baugewerkmeister“ und „Baumeister“. 4. Die Bestimmung der „verwandten Gewerbe“. 5. Resolution der ersten Reichstagskommission betreffend Ausübung der Baukontrolle durch besondere staatlich angestellte Beamte (§ 189b BGB.) unter Zuziehung von gewählten Vertretern der Bauarbeiter. 6. Das Ergebnis der Erhebung über die Frau im Gewerbebetrieb des Damenschneiders, des Friseurs und des Photographengewerbes.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Zur Unterstüßung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sowie der Buchbinder gingen ferner folgende Beträge ein: Dresden 500 Mk., Heilbronn 30, Ronstanz 10, Dschah 10, Ziffst 30, zusammen 580 Mk. Bissher quittiert 2584,05 Mk. Summa 3164,05 Mk.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 80887 Paul Hamann, Tischler, geb. 30. 8. 78 zu Heckenwade.
- 85484 Gust. Stebeneicher, Tischler, geb. 22. 9. 64 zu Flensburg.
- 94959 Paul Lukas, Tischler, geb. 25. 12. 81 zu Wirtigt.
- 150062 Heinrich Stöckel, Tischler, geb. 9. 2. 59 zu Schleiz.
- 152871 Wilh. Fabry, Polierer, geb. 28. 6. 77 zu Föhlingen.
- 188798 Herm. Liebecke, Tischler, geb. 19. 1. 86 zu Firschenwalde.
- 197527 Ludwig Gauß, Stellmacher, geb. 10. 5. 67 zu Gießen.
- 204168 Max Fileborn, Tischler, geb. 17. 11. 84 zu Nachen.
- 207957 Rich. Nöthold, Holzarb., geb. 9. 5. 75 zu Niederlungwitz.
- 238088 Ernst Knorr, Tischler, geb. 26. 10. 85 zu Muzzen.
- 262266 H. Bruckmann, Tischler, geb. 31. 8. 84 zu Hamm.
- 269854 Arnholt Reinke, Tischler, geb. 9. 12. 78 zu Borchsen.
- 289055 Joh. Hinrichs, Tischler, geb. 12. 5. 87 zu Zaberhollenhagen.

290468 Roman Zalewski, Tischler, geb. 1. 9. 86 zu Mocker. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung der Preszkommision.

Gemäß § 112 des Statuts geben wir bekannt, daß die Preszkommision aus nachfolgenden Mitgliedern zusammengesetzt ist: R. Scherer, Göttingen, G. Kinkel, Göttingen, F. Stummpp, Heilbronn, G. Scheible, Zuffenhausen, A. Köppe, Stuttgart.

Letzterer wurde zum Vorsitzenden bestimmt und sind alle Beschwerden bezüglich der Redaktion und Expedition an den Kollegen A. Köppe, Stuttgart, Gaisburgstraße 3, zu richten. Die Preszkommision.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Dresden. An die Zahlstellen im fünften Gau ist ein Zirkular brieflich zur Versendung gelangt. Indem wir hierdurch darauf nochmals besonders aufmerksam machen, bitten wir, die beigefügten Ratschläge über die demnächstige Agitation innerhalb der Verwaltungen zu beraten und dem Gauvorstand über die Entschlüsse rechtzeitig Mitteilung zu machen. Der Gauvorstand. J. A.: Otto Gerlikte.

Agitation im Gau Breslau.

Einem Wunsche des Gauvorstandes folgend übernahm ich das Referat in den Versammlungen der Stellmacher in Görtz, Breslau, Zauer, Liegnitz und für die Holzarbeiterversammlung in Bunzlau.

In Görtz waren 52 Kollegen erschienen. In Anbetracht dessen, daß 160 bis 170 Stellmacher am Orte beschäftigt sind, von denen rund 100 dem Verband angehören, ist der Besuch der Versammlung als ein schlechter zu bezeichnen. In der Waggonfabrik von Lüders, in welcher der größte Teil der Kollegen beschäftigt ist, muß für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen noch viel getan werden. In diesem Betrieb gelang es den Kollegen durch die gute Organisation, welche sie sich geschaffen hatten, in den letzten 1 1/2 Jahren die Löhne um etwas zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Noch in letzter Zeit wurde eine Erhöhung der Abschlagszahlung um 4 Pf. pro Stunde erreicht,

fehlt scheinen aber die Kollegen auf ihren so leicht errungenen Lorbeeren ausruhen zu wollen. Einige von ihnen sind, da sie bisher den Streit zur Durchführung ihrer Wünsche nicht in Anwendung zu bringen brauchten, der Meinung, daß es auch in Zukunft so gehen wird und sie deshalb zur Verbesserung ihrer Lage der Organisation nicht mehr bedürfen.

Auch in Breslau, wo 130 Kollegen an der Versammlung teilnahmen, entsprechen die Löhne durchaus nicht den Verhältnissen einer Großstadt. Dasselbe kann auch von der Arbeitszeit gesagt werden, wird dieselbe doch in manchen Betrieben bis zu 66 Stunden pro Woche ausgedehnt. In einem großen Teil der Betriebe bestehen außerdem eine ganze Anzahl krasser Mißstände, welche unbedingt beseitigt werden müssen, so daß es für den Verband noch viel zu tun gibt.

In Jauer, dem Orte, welcher durch den Wagenbau berühmt und durch die Ausnutzung der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter berücksichtigt geworden ist, fand die Versammlung, welche von 65 Kollegen besucht war, unter dem Zeichen der Lohnbewegung statt. Die Löhne, welche hier gezahlt werden, sind als die niedrigsten in der Branche sprichwörtlich. Hieraus ist es auch erklärlich, daß die Fabrikanten die Wagen zu wahren Schleuderpreisen auf den Markt bringen können. Ich erkundigte mich in einem Geschäft nach dem Verkaufspreis der ausgestellten Wagen. Die Preise waren so niedrige, daß ich mich unwillkürlich fragte, welche Summe zahlt er drauf? Da zum größten Teil solche Wagen, die besonders in der dortigen Gegend gebräuchlich sind, ausgestellt waren, führe ich, um allen Kollegen die Möglichkeit eines Vergleichs geben zu können, nur den Preis für einen verhältnismäßig sauber ausgeführten Landauer an. Derselbe war für 1000 Mk. sofort in Gebrauch zu nehmen. Derartig niedrige Preise sind nur dadurch möglich, daß hier die Arbeitskraft so gering bewertet wird. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn die Kollegen endlich den Versuch machen, ihre sehr schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

In Liegnitz waren von 80 bis 90 beschäftigten Kollegen 27 in der Versammlung erschienen. Die Organisation ist eine sehr schwache. Die Ortsverwaltung könnte sich die Arbeit bedeutend erleichtern, wenn sie die Stellmacher mehr als bisher zur Mitarbeit in der Agitation heranziehen würde. Auch ist es notwendig, daß, sobald eine genügende Zahl organisierter Kollegen vorhanden ist, eine Sektion gegründet wird. Die öffentliche Holzarbeiterversammlung in Bunzlau hätte stärker besucht sein müssen. Die Kollegen sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß der Gauvorsteher so mit Arbeit überlastet ist, daß er sich den kleinen Zahlstellen nicht in genügendem Maße widmen kann. Sie sind der Meinung, daß auch für den Gau Schlefien die Anstellung eines zweiten Kollegen dringend notwendig ist.

Wenn auch im allgemeinen der Verlauf der Versammlungen einen guten Eindruck machte, so muß doch gesagt werden, daß auf diesem Gebiet noch bedeutend mehr geleistet werden muß. Die Versammlungen müssen besser besucht werden, denn hier nur allein ist den Kollegen die Gelegenheit gegeben, über die Beseitigung der in der Branche bestehenden Mißstände zu beraten. Diese Beratungen können aber auch nur dann zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Stellmacher führen, wenn wir mit einer geschlossenen, gut organisierten Kollegenchaft dem Unternehmertum entgegenzutreten können. Darum, Kollegen, heran zur Agitationsarbeit, ein jeder werbe Mitglieder; ihr müßt es euch selber zur Pflicht machen, daß in den Werkstätten alle Kollegen dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören. F. r. Henke.

Korrespondenzen.

Altenburg. Die Ausführungen des Kollegen Hesse in letzter Nummer unserer Zeitung nötigen mich, da er sich in besonders liebevoller Weise mit meiner Person beschäftigt, zu einer kurzen Erwiderung. Der Kollege Hesse ist eifrig bemüht, den von Kollegen Henke-Berlin geschilderten Vorgang in einem milderem Lichte erscheinen zu lassen. Dies ist insofern erfreulich, als es darauf zu deuten scheint, daß man sich dieses Vorganges zu schämen beginnt. Und wo diese Fähigkeit noch vorhanden ist, darf man die Hoffnung auf Besserung nicht aufgeben. Was nun die Kritik meiner Geschäftsführung anbelangt, so werde ich allerdings vorläufig verzichten müssen, den Beifall des Kollegen Gessr einzuheimsen. Kollege Hesse hat den Vorzug, noch sehr jung zu sein, und befindet sich derselbe gegenwärtig in seinem radikalen Entwicklungsstadium. Das werden erfahrungsgemäß meist die tüchtigsten Kollegen, nämlich dann, wenn sie gelernt und eingesehen haben, daß nicht die Phrase und nicht radikale Redereien unseren Verband groß gemacht und seine Größe gegestigt haben, sondern daß es dazu der ernstlichen Arbeit bedurfte, einer Arbeit, die oft an der Oberfläche gar nicht zu sehen war. Vorläufig ist von dieser Ansicht bei dem Kollegen Hesse noch nicht zu spüren, steht er noch auf dem Standpunkt, daß der ein tüchtiger Verbandskollege ist, der quantitativ in Neben das Menschenmöglichste leistet und da ist es nur allzu begreiflich, daß er dem Versammlungsleiter, der da bemüht sein muß, den Nebenfluß in für die übrigen Kollegen erträgliche Bahnen zu lenken, nicht besonders grün ist und darüber schimpft, daß die Redefreiheit in der „unverschämtesten Weise“ beschränkt werde. Als unparteilicher Zeuge kann hierfür der Kollege Werner-Gera, der in unserer letzten Versammlung über den Verbandstag referierte, gelten, der da in seinem Schlußwort konstatierte mußte, „daß es dem Kollegen Hesse gelungen ist, die Mehrzahl der Kollegen aus der Versammlung hinauszureden“. Und darüber macht sich allerdings „mehr und mehr ein Unwille unter den Kollegen geltend“. Daß der Kollege selbstverständlich auch Demokrat vom reinsten Wasser und auch mit den für einen Demokraten so unumgänglich notwendigen „demokratischen Mißtrauen“ ausgerüstet ist, beweist folgender Vorgang: Die Kollegen Deutschlands sollten schon in der vorhergehenden Nummer der Zeitung Kenntnis von den Schmerzen des Kollegen Hesse erhalten; seine Klagen darüber waren aber so umfangreich geraten, daß der Brief überhaupt nicht hätte und leider nicht genügend frankiert war. Die Redaktion nimmt ihn nicht an, und da kein Absender angegeben war, gelangt derselbe auf dem Umweg über die Oberpostdirektion in Leipzig gehäuft wieder in meine Hände. Selbstverständlich war ich daran schuld; ich hätte, so hieß es, nach Stuttgart geschrieben und da Anweisung gegeben, jeden Brief

von Altenburg zurückzuweisen. — Wenn einem dann mal die Laus über die Leber läuft und man den Kollegen, der einem so etwas unterschiebt, mal tüchtig schüttelt, „wenn man das nicht gut heißt, was man innerlich für schlecht hält“, dann bricht der Kollege in einen Entrüstungsturm los, und er bezweifelt, daß es dem Vorstehenden, der sich eine Gemeinheit nicht unterziehen läßt, „gelingen wird, durch seine Taktik die gewünschte Schulung und Disziplinierung der Kollegen durchzuführen“. Wenn dann der Kollege emphatisch ausruft: „Fort mit allen aus unseren Reihen, die gegen die Wahrheit sind, fort mit allen, die Mitgliederrechte mit Füßen treten und sich unsere Führer nennen“, so schenke ich dies ihm selbst dann, wenn es mehr sein sollte als eine allgemeine Phrase, wenn er damit direkt auf mich abzielen wollte. Einmal ist dies Sache der Altenburger Kollegen, die mit Ausnahme des Kollegen Hesse lauter Trotteln sein müßten, wenn sie einen Kollegen an ihrer Spitze hätten, der die Wahrheit und die Mitgliederrechte mit Füßen tritt, und dann aber sei es ihm hauptsächlich deshalb geschenkt, weil ich der Hoffnung bin, er wird den Weg finden, der dazu führt, aus sich einen tüchtigen Mitarbeiter für den Verband zu machen. Und wenn man diese Hoffnung auf einen Kollegen setzt, dem verzeiht man manches.

Nich. Wiesel.
Auf die Erwiderung des Tischlermeisters (Kollegen) Schmieder in Nr. 31 diene folgendes zur Aufklärung: Beide Kollegen haben sich in der Versammlung am 4. August gegenseitig ausgesprochen. Es wurde in der Diskussion dem Kollegen Schmieder von allen Rednern gesagt, daß alles das, was in dem Artikel steht, bis auf die Ausrufung des Beihilfs zuverstehe. Also kein Gehartikel! — Sehr geklagt wird von den Kollegen über die Arbeitsverhältnisse bei dem Tischlermeister Heger. Die Arbeitslöhne sind recht niedrig, zudem werden die Kollegen schlecht behandelt. Müßte sich neulich ein Kollege bei einer Auseinandersetzung mit Herrn Heger von diesem doch sagen lassen, wenn er nicht hinausgehe, bekomme er mit dem Hammer eins auf den Kopf. Natürlich wollte der Kollege danach die Arbeit verlassen, da wurde ihm aber von Heger, weil es Mitte der Woche sei, Lohn und Papiere verweigert. Die Kollegen tun jedenfalls gut, gegen solche Verhältnisse entschieden Stellung zu nehmen. Das ist aber nur im Verband möglich, der ja auch die einzige Möglichkeit besserer Verhältnisse bietet. Darum organisiert euch alle und erscheint regelmäßig in den Versammlungen, dann werden Leute vom Schlage Hegers sich bald anderer Umgangsmanieren im Verkehr mit ihren Arbeitern aneignen müssen. Die nächste Versammlung ist am 8. September im „Goldenen Anker“.

Berlin. Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes erhalten wir folgende Berichtigung: Es ist unwarh, 1. daß wir 15 bis 20 Modelltischler suchten; sämtliche Inzerate lauteten nur auf 10 bis 15 Modelltischler; 2. daß wir von den hier ansässigen Modelltischlern keinen einstellten; es wurden vielmehr sechs hiesige Leute angenommen, von denen vier Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind, später anfragende Leute wurden nur zurückgewiesen, weil sämtliche Plätze inzwischen besetzt waren; 3. daß wir nur deshalb von außerhalb Leute suchten, um billige Arbeitskräfte zu erhalten, die jede verlangte Überstunde leisten; kein einziger der von außerhalb gekommenen Leute erhält einen geringeren Lohn als die aus Berlin eingestellten. Überstunden fanden auch in unserer früheren Werkstatt nur in den dringenden Fällen und auch dann nur in der Regel bis 7 1/2 Uhr, und zwar nur durch wenige alte Leute statt, in unseren neuen Räumen fast gar nicht mehr; 4. daß wir Leute, die von außerhalb kommen, bei Arbeitsmangel auf die Straße setzen; ein derartiger Fall ist in unserem Betrieb überhaupt noch nicht vorgekommen; 5. daß in unserem Betrieb die elendesten Verhältnisse herrschen; vielmehr sind auf dem Gebiet der Arbeiterwohlfahrt und Hygiene alle Einrichtungen getroffen, die unseren Betrieb zu einem der gesündesten und best-eingerichteten machen; 6. daß von unseren Leuten nur zehn im Holzarbeiterverband sind. Neben 15 Mitgliedern des Gewerksvereins gehören vielmehr 19 Mitglieder dem Holzarbeiterverband an.

Berlin, den 11. August 1906. **Joh. & Zinke.**
Eisenberg. Wir seien uns veranlaßt, die allzu roßigen Verhältnisse der Gaspianofortefabrik von Nob. Weisbrod einmal in das richtige Licht zu stellen. Die Firma sucht in allen möglichen Zeitungen Tischler für Pianofortebau; fragt nun ein Kollege auf solch ein Inserat bei der Firma betrefß des Lohnes an, so wird ihm mitgeteilt, daß er 30 Mk. und noch mehr (!) die Woche verdienen kann; es kommt aber leider sehr oft vor, daß man 14 Tage braucht, um 30 Mk. zu verdienen. Ein Kastenpostierer ist auf ein derartiges verlockendes Angebot tüchtig hereingefallen. Er hatte trotz tüchtigen Arbeitens an der letzten Lohnzahlung nichts mehr bekommen, hat aber beileibe keine 30 Mk. pro Woche erhalten. Vorwurf gab es nicht und ohne Geld leben konnte derselbe auch nicht, so hörte er kurzerhand auf. Darüber war aber Herr Weisbrod sehr aufgebracht, er erklärte, dafür zu sorgen, daß betreffender Kollege ein halbes Jahr in ganz Deutschland keine Arbeit bekommen solle. Noch nicht genug damit, der „Herr im Hause“ ließ ihm auch noch sein Fahrrad gerichtlich beschlagnahmen. Wie wäre es nun, Herr Gaspianofortefabrikant, wenn die Eisenberger Holzarbeiter einmal ein halbes Jahr die Sperre über die Fabrik verhängten und alle dort arbeitenden ledigen Kollegen, soweit dieselben Verbandsmitglieder sind, einfach Schicht machten? Was würde da wohl für ein Geschrei gemacht werden über Terrorismus der Arbeiter! Es liegt uns natürlich fern, „Seiner Majestät Robert III.“, zurzeit Schützenkönig von Eisenberg, die Vogelstrießlaune zu verderben, aber wir erklären hiermit, auf keinen Fall „Schindluder“ mit unseren Kollegen spielen zu lassen. Ganz besonders fordern wir, daß die Angestellten der Firma mit den Arbeitern anständig umgehen; gemeint ist damit der Herr Weisbrod, ehemaliger Bevollmächtigter hiesiger Zahlstelle, jetzt wohlbestallter Obermeister, und ein sogenannter Poliermeister namens Ortel, derselbe, welcher sich bei der Lohnbewegung 1904 einen Revolver kaufte — böse Menschen schenken, um die Auslösung jenes Helden von Anno dagamal vollständig zu machen, ihm einen hübschen Säbel mit der Aufschrift „Du sollst nicht töten“. Denn Ausdrücke wie Roghunge, Lumpen, Leipziger Grobschnauze gehören nicht in einen anständigen Betrieb. Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, mögen erst an richtiger Stelle Erkundigung einziehen.

Kirchheim n. L. Seit etwa anderthalb Jahren hat sich hier die Firma Otto Bender, Möbelfabrik, etabliert und beschäftigt dieselbe zurzeit zirka 10 Schreiner und Polierer, sowie einige Poliermeister. Seit zirka 5 Monaten hat die Firma einen neuen Teilhaber, Herrn Sigmund Bender, angenommen, und schon sehen wir uns genötigt, das Gebaren dieses Herrn den Kollegen allerorts zur Kenntnis zu bringen. Am 30. Juli ersuchten die Arbeiter in ihrer Gesamtheit Herrn S. Bender, einer lokalen Festlichkeit wegen die Arbeit um 4 Uhr nachmittags verlassen zu dürfen, und zwar in der häßlichsten Form, und glaubten dieselben um so mehr auf die Erfüllung dieses Wunsches rechnen zu dürfen, als sie sich auch sonst nie weigerten, bei eiligen Arbeiten einige Stunden Überzeit zu arbeiten; aber da kamen sie schön an, er schrie sofort die Arbeiter an: „Das gibt's bei mir nicht; ich lasse mir keine Vorschriften machen; ich will sehen, wer Herr im Hause ist; so wie ich pfeife, so müßt ihr tanzen!“ und ähnliches. Als nun auf diese Provokation hin die meisten männlichen Arbeiter — unter Entschuldigung — um 5 Uhr das Geschäft verließen, brachte dieser Umstand den Herrn so aus dem Häuschen, daß er am anderen Morgen, als er ins Geschäft kam, mit den Worten in die Werkstätten hereinfuhr: „Stimmeltreu'donnerwetter nochmal, ich will doch sehen, wer Herr im Hause ist, ich schmeiß euch alle raus, ihr könnt alle zum Teufel gehn, wenn's nicht paßt, der kann sofort gehen — so eine Bande — solche Lumpen“ usw., und zwar schrie dieser gebildete Herr in solchem Kafenenhohn, daß man glauben konnte, er sei übergeschnappt. Auf diese Beleidigung hin verließ ein Arbeiter, der noch besonders hervorgezogen wurde, sofort das Geschäft, vier weitere reichten ihre Kündigung ein, und suchte deshalb die Firma Schreiner und Polierer; jedoch wird jedem Kollegen dringend empfohlen, das Gebaren des Herrn Bender so lange zu meiden, bis er sich dazu bequemt, anständige Arbeiter anständig zu behandeln. Wozu sich Herr Bender berechtigt glaubt, das beweist ein Brief, welchen derselbe an die Lokalverwaltung hier richtete und in welchem der Satz vorkommt: „Fragen Sie eventuell einen meiner Leute — die bleiben —, ob meine Handlung berechtigt war usw.“ Also Herr Bender glaubt sich berechtigt, ältere, verheiratete Leute, welche zwar gegen seinen Willen, aber unter Entschuldigung — auf eine Stunde das Geschäft verlassen, mit den oben angeführten Titulaturen belegen zu dürfen, und zwar Beuten gegenüber, die seit mehr als Jahresfrist bei der Firma beschäftigt sind und sich während dieser Zeit noch nicht das geringste haben zuschulden kommen lassen. Auch ein organisierter Kollege, welcher, wie es scheint, auf den demnächst frei werdenden Meisterposten spekuliert, scheint in dieser Sache eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt zu haben.

Leipzig. (Modell- und Fabrikarbeiter.) In der Versammlung vom 8. August wurde über „Unser Arbeitsnachweis und wie muß derselbe geregelt werden“ verhandelt. Wie der Vorstehende mitteilt, bleibt bezüglich des Arbeitsnachweises noch vieles zu wünschenswert übrig. Jeder Kollege müsse, wenn ihm eine Arbeitsgelegenheit angewiesen sei, erst einen Kontrollschein vom Verbandsbureau haben und diesen dem Werkstattdelegierten ausshändigen. Kollege Gericke meinte, es sei nicht möglich, den Metallindustriellenarbeitsnachweis zu meiden, es sei aber zweckdienlich, wenn dem Werkstattdelegierten nach einer erfolgten Vermittlung wie auch von offenen Stellen Mitteilung gemacht werde. Redner kritisierte das Verhalten verschiedener Kollegen, welche den Weisungen unseres Arbeitsvermittlers nicht Folge leisteten und ihnen angewiesene Stellen nicht besetzten. Hier müßten die Kollegen mehr Disziplin beobachten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Volkshaus, Zeitzerstraße 32. Anschauen ist streng verboten.

Dauferbrück. Gemäß den Konferenzbeschlüssen der Bürsten- und Pinselmacher im Dezember 1905 in Nürnberg haben wir am Orte die Agitation unter den Heimarbeitern vorgenommen, und zwar sind die 14 im Beruf der Bürstenbranche beschäftigten Heimarbeiter durch ein Zirkular zu einer Besprechung eingeladen worden. Das Resultat war, daß sich drei zu der Besprechung einfanden, zwei nahmen persönlich mit dem Bevollmächtigten Rücksprache und einer erwiderte sich brieflich. Von diesen sechs vorzichtet einer für immer auf Hausarbeit und drei wollen nur dann arbeiten, wenn volle Fabriklöhne gezahlt werden. Die beiden anderen konnten sich zu nichts entschließen. Unter denen, welcher der Einladung keine Folge leisteten, war eine merkwürdige Aufregung zu spüren, so daß wir die Ansicht vertreten können, daß diesen Leuten denn doch andere Gedanken aufgestiegen sind. Die letzteren werden in kurzer Zeit wieder eingeladen.

Madolszell. Was nicht alles vom Arbeiter verlangt wird, zeigt wieder ein Fall, der in der letzten Zeit hier vorgekommen ist. Anlässlich des Besuchs eines Werkzeugsreisenden bei Schreinermeister Malles schickte der genannte Meister diesen Reisenden zu den Arbeitern, sie möchten sich einen Buhhobel bestellen. Ein Kollege, und zwar ein christlich organisierter, sagte dem Reisenden, daß man bei einem Lohne von 38 Pf. nicht noch Werkzeug kaufen könne. Nach einem kleinen Wortwechsel mit dem Meister, der da meinte, jeder Arbeiter sollte doch einen eigenen Buhhobel haben, damit man auch etwas Sauberes machen könne, kündigte der Meister seinem Gesellen. Was heute den Christlichen geboten wird, kann morgen auch einem Verbandsmitglied geboten werden; hüte man sich, auf derartige Spezialwünsche der Arbeitsherrn einzugehen! Denn bieten wir ihnen diesbezüglich den kleinen Finger, wollen sie bald die ganze Hand.

Havensburg. In der Pinselabrik von G. S. Sterkel wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen am 28. Juli von der Firma folgendes Zirkular überreicht:

Zur Aufklärung.

Es sind seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, meine Arbeiterschaft zur Organisation zu veranlassen. Ich bestreite die Freiheit zur Organisation nicht, dagegen bestreite ich die Notwendigkeit für meine Arbeiter und Arbeiterinnen, einer solchen Organisation beitreten zu müssen. Ich bin meiner Arbeiterschaft seither teils unaufgefordert, teils durch freiwillige Verständigung, je nach Geschäftslage und Geschäftsergebnissen, entgegengekommen und werde dies auch künftig so halten. Jedenfalls werde ich aber, wenn mir je einmal ein Streit von einem Teil meiner Arbeiterschaft aufgedrungen

werden sollte, die Zufriedenen und Arbeitswilligen nicht ansperren, sondern auch unter schwierigen Umständen weiter zu beschäftigen suchen.

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich bis jetzt keine Verpflichtung zu einer Ausperrung im Falle eines auswärtigen Streiks übernommen habe und dies auch nicht tun werde, solange ich nicht durch ein durchaus unbilliges Verhalten der Mehrzahl meiner Arbeiter und Arbeiterinnen dazu gezwungen werde.

Ich hoffe, daß alle ruhigen und verständigen Arbeiter und Arbeiterinnen aus dieser meiner Erklärung den richtigen Schluß ziehen werden.

Havensburg, 28. Juli 1906. G. R. Sterkel.

Dieses Schriftstück ist auch ein Zeichen der Zeit. Herr Sterkel bestreitet also die Freiheit der Organisation nicht, er bestreitet aber für seine Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation. Du lieber Himmel, was bildet Herr Sterkel sich denn eigentlich ein? Glaubt er denn, mit den Böhnen, die er bezahlt, die Arbeiter befriedigen zu können, die Arbeiter, die sehen, wie in anderen Betrieben der Branche günstigere Löhne gezahlt werden, wie allenthalben die Kollegen allein mit Hilfe der Organisation sich mehr und mehr günstige Arbeitsverhältnisse erringt? Auch die bei Sterkel beschäftigten Kollegen finden nach und nach den Weg zum Verband, und sie sind gerade durch die Lohnreduktionen und ungünstigen Löhne dazu und zur Stellung von Lohnforderungen genötigt worden. Und wenn nun Herr Sterkel, gewiß der Not gehorchend und nicht dem eignen Triebe, 5 Prozent Lohnhöhung bewilligt hat, so wissen die Kollegen gut genug, wenn sie das zu verdanken haben: der Organisation. Und sie werden sich künftig besser als bisher der Organisation annehmen, die allein ihnen helfen kann, daran wird sie auch das Bestreben des Herrn Sterkel nicht irre machen, die Kollegenchaft durch Bevorzugung der „Zufriedenen“ und „Arbeitswilligen“ zu zersetzen.

Sächsischer. Am 30. Juli fand hier eine öffentliche christliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Arbeitersekretär Böhmke-Vochum als Referent fungierte. Obwohl unsere Kollegen eingeladen waren, gelang es ihnen doch nur schwer, sich in die Versammlung Eingang zu verschaffen. Unseren Kollegen war indessen nur eine Redezeit von fünf Minuten zugewilligt. Und obwohl wir, wie der Referent in seinem Schlusswort ausdrücklich anerkannte, uns während des Referates durchaus ruhig verhalten hatten, machten die Christlichen während der Ausführungen unserer Kollegen einen Heidenlärm. Besonders als unser Kollege Stiefel-Berlin, der wegen einiger Differenzen hier zu tun hatte, sprach, machten die Christlichen immer wieder den Versuch, ihn niederzubrüllen. Muße, wie „Nunter mit dem Lumpen von der Bühne“, „Werst ihn hinaus“ schallten ihm aus dem christlichen Lager entgegen. Als Stiefel sich ein zweites Mal bemühte, zum Worte zu kommen, wurde er wiederum niedergebriillt. Unsere Kollegen verließen darauf die wenig gastliche Stätte. Viel Gutes dürfte diese Versammlung den Christlichen nicht gebracht haben, denn die hiesigen Kollegen sind der Meinung, daß es um eine Organisation, die, wie die christliche, ihre Kollegen so schlecht ergreift, daß sie unverträglich gegen jede Kritik und unzulässig gegen jeden Gegner sind, schlecht bestellt ist.

Stolz in Pommern. In Nr. 28 des Organs der Gewervereiner, „Die Eiche“, wird es so dargestellt, als ob der Streik hier am Orte noch nicht beendet werden konnte, weil — durch Mitglieder des Holzarbeiterverbandes Streikarbeit angefertigt wird! — Ja, man beliebt es sogar so darzustellen, als ob die Leitung des Verbandes die Anfertigung dieser Arbeit begünstigt! Tatsache ist, daß bei dem Tischlermeister Adam in Schlaue solche Arbeit vermutet wurde. Daraufhin ist im Auftrage des Vorstandes unser Bevollmächtigter Leh dort vorstellig geworden, und hat dann der Arbeitgeber sich verpflichtet, Arbeiten nach Stolz während der Dauer des Streiks nicht zu liefern. Wie einigen Kollegen trotzdem Stolz Arbeit vorgegeben wurde, haben diese solche verweigert und haben aufgehört. Adam hat dann einige Spinde nach Stolz abgeliefert. Sobald dieses bekannt war, hat der Gewerbestreiter die Sache nochmals geprüft und den Kollegen aufgegeben, solche Arbeiten zu verweigern und die Arbeit einzustellen. Adam hat dann wieder beteuert, auch nicht ein Stück Arbeit mehr nach Stolz liefern zu wollen, man möge ihm doch einige Gesellen zur Verfügung stellen, damit er seine übrigen Arbeiten fertigstellen könne. Letzteres ist bisher von uns abgelehnt, um nicht erneut in den Verdacht der Begünstigung zu kommen. Allerdings hat Adam dann auch keine Sachen mehr nach Stolz geliefert, und zwar jedenfalls doch nur aus Furcht, daß wir die Leute herausholen könnten. Von einer Begünstigung kann also keine Rede sein. Es ist da alles getan worden, was nach Lage der Dinge getan werden konnte.

Wittenberg. Viele Kollegen können es immer noch nicht begreifen, daß sie ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur allein durch die Organisation bessern können. So sind hier von rund 200 beschäftigten Holzarbeitern nur 30 organisiert. Und das trotz der geradezu elenden Lohnverhältnisse am Orte. Der Lohn schwankt zwischen 25 bis 35 Pf. die Stunde bei zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit. Die Korbmacher kommen gar nur auf einen durchschnittlichen Wochenlohn von 12,50 Mk. Daß man mit solchen Hungerlöhnen eine Familie nicht ernähren kann, ist klar, und man muß sich nur wundern, daß die Kollegen so wenig Drang zu einer Besserung der Verhältnisse, zur Organisation haben. Kollegen, wacht endlich auf, erkennt eure Macht in der Organisation! Der Wochenbeitrag von 50 Pf. ist gewiß kein Hindernis, euch dem Verband anzuschließen, sind wir infolge der höheren Beiträge doch in der Lage, unsere Verhältnisse durchgreifend bessern zu können. Auch ihr organisierten Kollegen, seid fleißiger im Verband, erscheint alle mit euren indifferenten Kollegen in der am 25. August, dann alle 14 Tage später stattfindenden Versammlung, damit wir endlich tatkräftig an einer Besserung unserer elenden Lage arbeiten.

Wunsiedel. In der Zahlstelle Wunsiedel macht sich seit einigen Wochen unter den organisierten Kollegen eine starke Interesselosigkeit bemerkbar. Es konnten jetzt nacheinander zwei Versammlungen wegen zu schwachen Besuches nicht eröffnet werden. Von 14 am Orte anwesenden organisierten Kollegen, von denen jeder 1 bis 2 Stunden übrig hätte, waren nur fünf bis sechs anwesend. Es weiß jeder, daß alle 14 Tage Versammlung stattfinden soll, und es wird

immer wieder jedem Kollegen gesagt, wenn eine solche ist, aber es findet keiner der Mühe wert, hinzugehen. Es wäre doch besser, die Versammlungen vollzähliger zu besuchen, denn es bleibt sich schließlich doch gleich, ob man wo anders hin zum Bier geht oder man geht ins Versammlungslokal. Zum Spazierengehen könnte man die anderen Tage auch tüchtig ausnützen, um Samstags in die Versammlung kommen zu können. Die Zahlstelle ist wohl klein, aber es gibt immer wieder wichtige Punkte zu beraten. Die Wunsiedler Kollegen hätten alle Ursache zu beraten, wie es möglich sei, eine Verbesserung ihrer schlechten Verhältnisse herbeizuführen. Besteht doch hier noch bis auf eine Werkstätte die elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit und das Kost- und Logiswesen. Der Höchstlohn ist bei Kost und Logis 8 Mk., ohne Kost und Logis 16,50 Mk., der Mindestlohn 5 bis 6 Mk. beziehungsweise 11 bis 12 Mk. Bei solch traurigen Verhältnissen sollte man doch glauben, daß die Kollegen einmal daran denken sollten, wie es möglich wäre, ihre traurige Lage zu verbessern. Aber weit gefehlt, das Interesse schwindet immer mehr und mehr. Wunsiedel wird nicht zu stark überlaufen und könnten die 14 Kollegen bei einigermaßen festem Zusammenhalt leicht eine Besserstellung erringen. Vielleicht genügen die wenigen Zeilen, die Kollegen wieder an ihre Pflicht zu erinnern, daß sie nicht nur beitragszahlende Mitglieder, sondern überzeugte Kollegen sind, die ihre eigenes Interesse und das der Allgemeinheit fördern helfen wollen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bamberg (Wäh), Braunschweig, Cöthen, Cottbus (Stricker), Oberstadt bei Darmstadt, Oerzwalde, Friedrichshagen (Prähel), Judva (Wohlfahrt Kramer), Halberstadt, Herford (W. Schmidt), Hof i. Bayern, Leisnig (Kosberg), Liegnitz (M. Krautbahn), Marburg, Minden (G. Siebeking), Mühlhausen im Elsaß, Neubaldensleben, Oberhausen, Osterode, Plauen (Reidler), Rastede i. Odenburg (Brönke), Niesa (Säch), Wobbelindustrie), Schornberg, Sonneberg, Stuttgart (Hofacker), Wernigerode, Wolgast, Schaffhausen, Lausanne, Zürich;
 - Tischlern und Malierarbeitern nach Berlin (Wess & Cie.), Schwerin (Hospianfortefabrik Gebr. Bergina);
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bayreuth (S. A. Gysler), Friedland b. Breslau (Niederlich), Lübeck, Schmölln, (Zrommlers Nachf.), Thingen;
 - Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Beringwalde, Hartha, Leisnig, Pirna, Schweikershain, Waldheim;
 - Barthelshödenlegern nach Lübeck;
 - Sägern und Hilfsarbeitern nach Kempten i. Bayern;
 - Drechslern nach Bockernem (Kutsche & Co.), Rumburg i. Böhmen (Schubert);
 - Parigumdrechslern nach Cöln-Mülheim;
 - Kaunmachern nach Kreuznach (Arheld & Levita, Gebr. Scheben), Michelstadt i. Odenwald;
 - Korbmachern nach Schaffhausen (Sandler), Malmb in Schweden;
 - Wurstenmachern nach Berlin (Zinnungsnachweis), Cöln, Mainz (Henschberg & Cie.), Schönheide, Thingen, Zwickau (Reichsenring), Zug-Schweiz;

In Meise hat die Firma Industrie für Holzverwertung nach drei vorungangenen ergebnislosen Verhandlungen mit dem Direktor binnen drei Tagen 30 Kollegen aus Straßenpflaster gesetzt. Kollegen Deutschlands, unterstützt uns in dem uns aufgebrungenen Kampfe durch strengste Fernhaltung des Zuzugs.

In Apolda sind die Werkstätten Geißler und Werner für Tischler nach wie vor gesperrt.

In Braunschweig hat sich der Vorstand der Tischlerinnung jetzt endlich dazu bequemt, Vorschläge zu weiteren Unterhandlungen zu machen, die eigentlich bei dem am 16. Juli gepflogenen beiderseitig als bestimmt stutzfinden erklärt wurden. Wie weit jedoch ein Ausgleich werden wird, ist sehr ungewiß, da in dem Schreiben des Innungsvorstandes betont ist, daß die Aufrechterhaltung unserer Forderungen die Arbeitgeber weitere Unterhandlungen als zwecklos betrachten. Zuzug von Tischlern ist deswegen weiter streng fernzuhalten.

In Calbe a. d. S. haben die Kollegen in den Tischlereien die zehnstündige Arbeitszeit (bisher elf Stunden) und 3 Pf. Stundenlohnhöhung erwirkt.

In Cöln beabsichtigten die Stocmacher der Firma Wilmeyer schon seit einem Jahre, die Arbeitszeit mit der in ihrer Branche an anderen Orten ziemlich gleichzustellen. Allerdings waren die Kollegen zu einem energischen Vorgehen nicht leicht zu bewegen. Die Kollegen vertraten vielmehr den Standpunkt, daß dort in Güte mehr zu erreichen wäre. Dieserhalb reichten sie nun direkt nach Oftern ein Bittgesuch ein, worauf allerdings Herr Wilmeyer auch mit den Leuten verhandelte, ihnen aber keine Zugeständnisse machte, sie vielmehr bis nach Pfingsten und noch länger vertröbstete. Die Kollegen sahen nun ein, daß ein Bitten beim Unternehmer eben nichts nützen kann. Als plötzlich die Konjunktur einsetzte, traten die Kollegen an den Verband heran, und es wurden nun außer der neunstündigen Arbeitszeit (bisher 9 1/4 Stunden) noch mehrere Forderungen aufgestellt, so wurden statt bisher 4 Mk. Tagelohn 5 Mk. verlangt, ebenso auf einzelne Muster über 10 Prozent Zuschlag. Nach einmaligem Vorstelligwerden seitens des Verbandes sowie des Arbeiterausschusses, den Ernst der Situation erkennend, bewilligte Herr Wilmeyer alles, was verlangt wurde. Daran können die Kollegen wiederum sehen, daß nur eine starke Organisation und Eingetrigt imstande ist, etwas zu erreichen. Nun versucht aber der Meister B. aus der Werkstätte ein Zucht-

haus zu machen, und alles Schlechte, was er vor Jahren in Meisen gefunden hat, hier einzuführen; allerdings, was dorten besser war, verschweigt er; aber es wird ihm nicht gelingen, dieses zu vollführen, denn die Kollegen stehen gerüstet da und sehen diesen Dingen in aller Ruhe entgegen.

Der Streik der Gummidrechsler der Firma Felten & Guitzenume dauert unverändert fort. Die Unternehmer machen alle Anstrengungen, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen, was aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Der Geist der Kollegen ist ein guter, und wenn die Kollegen in anderen Städten darauf achten, daß keine Streikarbeit nach Cöln-Mülheim gemacht wird, so ist der Sieg unser. Es muß nochmals betont werden, daß hier in diesem Betrieb nur technische Artikel hergestellt werden.

In Erfurt ist der Streik nach zweiwöchiger Dauer beigelegt worden. Die Kollegen erreichten die 57 stündige Arbeitszeit und eine in drei Raten zu gewährenden Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Sonach wurde die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich verkürzt bei Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf.; außerdem wurde die Besserbezahlung der Überstunden um 30 Prozent und 2 Pf. Aufschlag für Arbeiten im Bau sowie die Schaffung von Durchschnittslöhnen zustande kommen. Die Kollegen haben diesen Erfolg ausschließlich der Organisation zu danken, mögen sie ihr Verhalten künftig danach einrichten.

In Essen a. Ruhr befinden sich die Schreiner seit dem 7. August im Ausstand. Daß es zur Arbeitseinstellung gekommen, daran tragen nicht die Arbeitervertreter, sondern die Arbeitgeber, vornehmlich die Scharmacher der letzteren von außerhalb die Schuld. Schon im März wurden unter Leitung des städtischen Beigeordneten, Herrn Dr. Wiedfeldt, eines durchaus objektiven Herrn, Verhandlungen eingeleitet; die Fortsetzung derselben wurde seitens der Innung immer hingehalten, bis daß schließlich kurz vor Ablauf des alten Vertrags am 31. Juli durch die Neueinreichung von Forderungen unsererseits die Herren Arbeitgeber zu etwas rascherem Handeln gezwungen wurden. Am 2. August fand dann unter abermaliger Leitung des Herrn Dr. Wiedfeldt eine Verhandlung mit den Arbeitgebervertretern des Ortes statt, in welcher eine beiderseitige Verständigung in ziemliche Nähe gerückt wurde. Es wurde zum Montag den 6. August eine weitere Verhandlung angesetzt, während welcher Zeit die Arbeitgeber die Zustimmung ihrer Mandatgeber zu weiterem Gegenkommen einholen wollten, andererseits sollte in diesem Zeitraum gemeinsam ein Allortarif ausgearbeitet und fertiggestellt werden. In dieser Verhandlung nun wurde zunächst eine Verständigung bezüglich der Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit erreicht, nicht jedoch über die Steigerung der Lohnsätze. Doch auch darüber sowie über die anderen Punkte der Forderungen wäre eine Einigung erzielt worden, wenn nicht zu diesem Zeitpunkt einige inzwischen erschienene auswärtige Arbeitgeber durch ihre scharfmacherischen Prinzipienreiteren dem Lauf der Dinge eine andere Wendung gegeben hätten. Bisher wurde ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde gezahlt, auf einmal nun sollten die erhöhten Lohnsätze als Durchschnittslöhne betrachtet werden. Diese Verschlechterung der Lohnverhältnisse konnten wir nicht ruhig hinnehmen; alle unsere im Interesse des Friedens gemachten Vermittlungsvorschläge scheiterten an dem Scharfmacherstandpunkt der auswärtigen Arbeitgebervertreter, so daß sich der Verhandlungsleiter schließlich genötigt sah, die Verhandlungen abzubrechen, da Prinzipien auf diesem Wege nicht ausgefochten werden könnten. Die am selbigen Abend von beiden Organisationen, der christlichen und der unsrigen, stattgefundenen Versammlungen beschlossen einstimmig, nun sofort den uns aufgebrungenen Kampf aufzunehmen; mögen die Arbeitgeber, die sich in letzter Stunde von den scharfmacherischen Allüren ihrer auswärtigen Freunde hinreißen ließen und ihnen Gehör schenkten, nunmehr auch die Kosten des Kampfes tragen. Zuzug ist fernzuhalten.

In GutsMuthen in der Eifel sind die Kollegen an die Firma Jakob Schmidt herantreten mit Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag und 10 Prozent Lohnhöhung, außerdem für Überstunden einen Aufschlag von 25 Prozent und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent. Die Firma ist mit Aufträgen überhäuft, der Zuzug kann schon aus dem Grunde gut ferngehalten werden, weil die Löhne außerordentlich niedrig sind; der Höchstlohn für Schreiner beträgt 40 Pf. Es arbeiten aber genügend Kollegen dort für 30 und 33 Pf. pro Stunde. Hier muß es gelingen, jetzt endlich bessere Verhältnisse einzuführen.

In Furtwangen traten bekanntlich bei der Firma S. Furtwängler Söhne A.-G. sämtliche Bildhauer in Streik. Die Kollegen hatten in einem Schreiben an die Firma um Abstellung einiger Mißstände, sowie um Einführung von Lohnarbeit ersucht. Sämtliche von den Kollegen vorgebrachten Beschwerden, die sich in der Hauptsache gegen den Bildhauermeister G. Weiser richteten, wurden aber als unbegründete gewerkschaftliche Mache bezeichnet und die Einführung von Lohnarbeit abgelehnt. In Verfolg der ganzen Angelegenheit wurden schließlich zwei Kollegen entlassen, worauf sämtliche Kollegen die Arbeit niederlegten. Zuzug ist fernzuhalten.

In Halberstadt haben die Kollegen in den Tischlereien am 8. August die Forderung auf Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit (bisher 10 Stunden), 5 Pf. Lohnhöhung, 42 Pf. Durchschnittslohn, 2,50 Mk. Tagelohn für auswärtige Arbeiten und Aufhebung des Kündungsverhältnisses gestellt. Die Stellungnahme der Arbeitgeber bleibt abzuwarten. Vor Zuzug von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Halberstadt wird deswegen gewarnt.

In Hohenheim bei Womberg waren in der Holzbearbeitungsfabrik von S. D. Joffo Forderungen gestellt, doch sind durch Verhandlung diese Differenzen beigelegt worden. Für Maschinenarbeiter wurden Lohnzulagen von 1 bis 3 Pf. die Stunde bewilligt, für Tischler wurde der alte Vertrag, welcher mit der vorigen Firma abgeschlossen war, wieder erneuert, und wurden bei der Gelegenheit die einzelnen Preise einer Prüfung unterworfen, wobei auch die Maßregulierungen stattfanden. Da ein ständiger Wandel an Maschinenarbeitern vorhanden ist, und auch versprochen worden ist, daß tüchtige Maschinenarbeiter einen höheren Lohn bekommen sollen, wäre eine Anfrage von Maschinenarbeitern erwünscht.

In Hohenstein hat die Lohnbewegung der Tischler zu einem schönen Erfolg geführt. Nach 14 tägigen Streik,

in dem sich die Meister redlich Mühe gaben und die Polizei getreulich in der Unterstützung der Unternehmer half, Arbeitswillige heranzuziehen, mußten die Unternehmer doch verhandeln. Die Arbeitszeit, welche früher elf bis fünfzehn Stunden betrug, wurde durch Vertrag auf zehn Stunden täglich festgesetzt. Auch mußten die Überstunden bezahlt werden; ferner wurde ein Mindestlohn von 80 Pf. festgesetzt und 3 Pf. pro Stunde Zulage gewährt. Wenn es auch auf den ersten Blick nicht allzuviel ist, so doch in Anbetracht der früheren Zustände, Löhne von 12 bis 15 Mk. waren keine Seltenheit, ein erträglicher Fortschritt. Die Meister wollten erst nichts von Unterhandlungen wissen und hatten wohl gehofft, daß in der zweiten Woche die Kollegen zu ihren Fleischtöpfen zurückkehren würden. Als das nicht geschah, mußte man wohl oder übel sich mit dem Gauvorsteher verständigen. Als Kuriosum ist noch zu bemerken, daß sich der Gauvorsteher legitimieren sollte. Für die Kollegen mag der Erfolg ein neuer Ansporn sein, in der Agitation nicht nachzulassen. Die Zahlstelle besteht erst ein halbes Jahr, und schon ist dieser Erfolg vorhanden. Sechs Jahre waren die Hirsche dort vertreten, und nichts ist gemacht worden. Also vorwärts und denkt daran, welche Organisation euch unterstützt.

In Höchst a. M. sind die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung getreten. Es handelt sich in der Hauptsache um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Bis jetzt haben zwei Geschäfte voll bewilligt, eine Anzahl Bauwerkstätten haben Zugeständnisse gemacht und wird es da zu einer Einigung kommen. Die Herren Möbelfabrikanten versuchen die Sache hinauszuziehen, um die günstige Situation für die Kollegen vorübergehen zu lassen. Eine imposante Versammlung tagte am 10. August und nahm eine Resolution an, die eine Sinausschiebung der Lohnbewegung verhindert. Die Kollegen sind kampfesfreudig. Der Zugang nach Höchst ist vorläufig fernzuhalten.

Zu Hof wird der Kampf von Woche zu Woche erbitterter. Die Arbeitgeber versuchen mit allen Mitteln, von auswärtigen Arbeitskräfte zu erlangen. Zugang ist unbedingt fernzuhalten.

Zu Zauer in Schlefien endete der Streit der Stellmacher nach 1 1/2 wöchiger Dauer mit Abschluß eines Tarifvertrags, womit folgende Verbesserungen erreicht wurden: 1. Erhöhung der Akkordlöhne um gut 10 Prozent; 2. Verkürzung der Arbeitszeit von 66 Stunden und länger auf 60 Stunden; 3. Modelle anfertigen wird fortan im Lohn bezahlt, bisher geschah dies nicht; ebenso werden fortan außergewöhnliche Arbeiten sowie Reparaturen nur im Lohn bezahlt; 4. entsprechendes seines Verdienstes auf Grund des abgeschlossenen Tarifvertrags ist mit einem jeden Gesellen ein Lohnabschlag zu vereinbaren. Dieser vereinbarte Lohn ist bei Akkordarbeit allwöchentlich als Kostgeld zu zahlen, sofern die Woche hindurch regelrecht gearbeitet wurde; 5. Überstunden werden die ersten zwei bis 8 Uhr abends mit 5 Pf. pro Stunde, weitere Überstunden und Sonntagsarbeit aber mit 20 Pf. Lohnzuschlag bei Lohn- und Akkordarbeit vergütet; geleistete Überstunden für unentschuldig verbummelte Arbeitszeit wird nicht besonders vergütet. Ferner sind im Tarif Bestimmungen über pünktliche Lohnzahlung enthalten. Während die 10 stündige Arbeitszeit vom 1. September d. J. ab in Kraft tritt, sind die übrigen Vereinbarungen bald nach Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft getreten. An den Kollegen wird es nun liegen, das Erreichte hochzuhalten und in Zukunft das angefangene Werk weiter auszubauen, wozu die Kollegen allerdings eingedenk sein müssen, daß dieses nur durch festes Zusammenhalten möglich sein kann. Nun hat die „Eiche“, Organ des Gewerksvereins der Tischler Hirsch-Dunckercher das Wort, die in Nr. 32 berichtete, daß durch unseren Streit „nicht“ erreicht worden sei.

Zu Kreuznach dauert die Aussperrung der Rammacher bereits 12 Wochen. Von den 40 an der Bewegung beteiligten Kollegen sind noch acht außer Arbeit. Die anderen sind am Orte oder in auswärtigen Betrieben untergebracht, und das, obwohl Herr Scheben sagte, daß keiner der Entlassenen in Deutschland Arbeit bekommen würde. Auch Sch. Erklärung, daß, solange seine Firma an dem Fabrikgebäude prange, keiner der Kollegen mehr hinein kommen, erweist sich als leeres Gerede. Denn jetzt gibt sich der Herr alle mögliche Mühe, nur recht viel Kollegen zum Abfall zu bewegen. Da von 40 Kollegen nur drei zum Verräter geworden sind und Zugang von auswärtigen nicht zu verzeichnen ist, haben wir die beste Aussicht, bei dem günstigen Geschäftsgang zu unserem Ziele zu gelangen.

Zu Lauterberg ist der Streit der Abpuher bei der Firma Weiß & Hildebrandt nach fünfwöchiger Dauer beendet worden. Die gestellten Forderungen wurden zum größten Teile bewilligt. Die Kündigung der organisierten Stuhlmacher wurde, nachdem die Differenzen zwischen den Puhern und obiger Firma beigelegt waren, zurückgezogen. Durch Einigkeit und Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband wird es den Lauterberger Kollegen gelingen, ihre Lage zu verbessern.

Zu Leipzig-Neuditz sind bei der Firma L. Mannsfeld sämtliche Kollegen ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten. Auskunft erteilt Kollege Louis Heidenreich, Stütz-Leipzig, Häringstraße 12.

Zu Leisnig in der Firma Hossberg haben die Tischler Forderungen eingereicht. Wir bitten die Berufskollegen, dieses zu beachten.

In Lübeck ist der Streit der Tischler, Drechsler, Maschinen- und Hilfsarbeiter am 9. August aufgehoben worden, und zwar zumgunsten der Kollegen. Trotz der größten Ginnmütigkeit, mit welcher die Kollegen in den Kampf eintraten, und der Energie, mit welcher derselbe geführt wurde, war es nicht möglich, den Sieg zu erringen. Infolge des unerhörtesten Terrorismus des Arbeitgeberverbandes hatten es nur ganz wenige Arbeitgeber gewagt, unsere Forderungen zu bewilligen. Nicht hielt etwa ein größerer Teil der Arbeitgeber unsere Forderungen im allgemeinen für unberechtigt, nein, lediglich die Furcht vor dem wirtschaftlichen Ruin, die Sperrung des Materials und der Maschinenarbeit durch den Arbeitgeberverband hielt die Arbeitgeber davon ab, unsere Forderungen anzuerkennen. So hatten eben die Arbeitgeber im Laufe des Streiks alle Arbeiten, welche sie nicht durch gegenseitige Mühsal und mit Wehrdingen fertigstellen konnten, nach außerhalb vergeben, oder auch, die Architekten hatten diejenigen Arbeiten, welche von den

hiesigen Meistern nicht übernommen wurden, auswärts in Auftrag gegeben. Speziell in Schwerin, wo infolge des Streiks der Bauarbeiter die Tischlermeister reichlich Zeit hatten, für Lübeck zu arbeiten, und wo die Organisation unserer Kollegen eine recht mangelhafte ist, haben unsere Arbeitgeber im Laufe der Zeit eine Masse Arbeiten herstellen lassen. Auch in Preetz ist für Lübeck gearbeitet worden, und eine ganze Anzahl Kleintrauer ohne Gefellen in der nächsten Umgegend von Lübeck haben Streikarbeiten geliefert. So mußte denn der Kampf als verloren gelten. Es war äußerst schwer, unsere kämpfenden Kollegen von der Ausfluchtlosigkeit des Kampfes zu überzeugen, dieses bewies der Sturm der Entrüstung, welcher in der Versammlung losbrach, als die Streikleitung, unterstützt durch den Vorstandsvorsitzenden Kollegen Klop und den Gauvorsteher Kollegen Neumann, die Aufhebung des Streiks beantragte. Es wollte den Kollegen nicht in den Sinn, daß sie angesichts dessen, daß die Arbeitgeber nicht nur gar keine Zugeständnisse machen wollten, vielmehr ganz ungeheuerliche Verschlechterungen, so zum Beispiel die vertragliche Anerkennung des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber, die Neueinführung der Akkordarbeit und die Leistung einer Kaution von 21 Mk. für Werkzeug und Material und anderes mehr, forderten, den Kampf aufgeben sollten. So wurde denn auch in der Versammlung am 7. August der Antrag der Streikleitung mit 150 gegen 105 Stimmen abgelehnt. Dieser Beschluß hatte zur Folge, daß die Kollegen Klop und Neumann mit den Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber Fühlung suchten, um zu sehen, inwiefern die Arbeitgeber geneigt wären, von den geplanten Verschlechterungen Abstand zu nehmen. In der Versammlung am 9. August berichtete dann Kollege Klop, daß die Unternehmer erklärt hätten, an der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und der Anerkennung ihres Arbeitsnachweises festhalten zu wollen, ferner daß man wohl über einige andere Punkte mit sich reden lassen werde, jedoch könnten Verhandlungen nur mit den Vertretern der Arbeiter des Haupt- oder Gauvorstandes seien ausgeschlossen. Daraufhin habe er, Klop, erklären müssen, ein Vertrag, der die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und die Anerkennung des Arbeitsnachweises der Unternehmer enthalte, würde von ihm nicht anerkannt. Nach längerer, jedoch etwas sachlicher wie am 7. August geführten Debatte wurde dann mit 166 gegen 87 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen beschlossen, an die Arbeitgeber folgendes Schreiben zu richten: Die am 9. August abends stattgehabte Holzarbeiterversammlung hat sich mit Ihrem Schreiben vom 30. Juli d. J. beschäftigt und ist nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen, in dem Ihrerseits übermittelten Entwurf eine Grundlage für weitere Verhandlungen nicht erblicken zu können. Die einzelnen Bestimmungen dieses Entwurfs bedeuten für die Arbeiter wesentliche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Arbeitsbedingungen; insbesondere trifft dieses zu bezüglich der Arbeitszeit in den maschinellen Betrieben, sowie bei den in Aussicht genommenen Löhnen und der Entschädigung für Überzeitarbeit. Die Neueinführung der Akkordarbeit (Ziffer 6), die Leistung einer Kaution (Ziffer 8) sowie die Einführung des einseitig dem Arbeitgeberverband unterstellten Arbeitsnachweises bedeuten für weitgehende Verschlechterungen, daß es den Arbeitern unmöglich ist, einen Vertrag auf dieser Grundlage abzuschließen. Die Versammlung beschloß daher, unter Zurückziehung der von ihr gestellten Forderungen den Streik aufzuheben und den Arbeitern zu empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am Freitag früh haben sich dann die Streikenden bei ihren früheren Arbeitgebern zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet, sind aber nirgends eingestellt worden. Die Arbeitgeber erklärten, nicht eher einstellen zu können, bis ein Vertrag auf der von ihnen bezeichneten Grundlage abgeschlossen sei. Bei der gegenwärtigen Situation müssen wir die Kollegen Deutschlands dringend ersuchen, nach wie vor den Zugang nach Lübeck strengstens fernzuhalten.

Zu Meise ist der Streit der Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter erfolgreich beendet worden. Erreicht wurde u. a. die geforderte 8 1/2 stündige Arbeitszeit, 10 Prozent Lohnerhöhung, 10 Pf. pro Stunde Zuschlag für Überzeit- und Sonntagsarbeit, 2 1/2 Pf. pro Stunde Zuschlag für Arbeit im Bau und ein Montagelohn, je nach der Entfernung vom Ort, von 75 Pf. bis 2 Mk. pro Tag. Innerhalb vier Wochen soll ein Tarif ausgearbeitet werden und der Vertrag auf zwei Jahre gelten. Bei Akkordarbeit soll der Durchschnittsverdienst berechnet und zu diesem 10 Prozent hinzugerechnet werden. Während des 3 1/2 wöchigen Streiks war kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen. Unsere Kollegen waren mit den Zugeständnissen infolge des günstigen Standes des Streiks auch nicht zufrieden und lehnten sie mit Zweidrittelmajorität ab. Da die Christlichen sie aber nicht allen gegen eine Stimme akzeptierten, fügten wir uns selbstverständlich der Majorität. Nun heißt es, die Organisation weiter zu festigen, damit wir uns später größere Erfolge erringen können.

In Neuhaldenleben bekunden die Tischlermeister bisher immer noch kein Entgegenkommen. Die Sperre wird deswegen weiter dringend zu beachten ersucht.

Zu Waderborn befinden sich die Tischler schon seit längerer Zeit in Lohnbewegung. Vor zwei Jahren wurde dort ein Vertrag abgeschlossen, die Kollegen verlangen jetzt eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Woche und eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde, außerdem vor den hohen Festtagen zwei Stunden früher Feierabend. Diese an sich so minimalen Forderungen haben den Beifall der Unternehmer jedoch nicht gefunden. Denjenigen Arbeitern, die in den letzten zwei Jahren keine Lohnerhöhung bekommen haben, will man gnädigst eine solche gewähren, jedoch will man dabei nicht über den Lohn von 88 Pf. pro Stunde hinausgehen, weil vor zwei Jahren der Lohn auf 85 Pf. festgesetzt war. Diesen horrenden Lohn betrachten die Arbeitgeber also sogar als Maximallohn. Die Kollegen wollen die Kündigung einreichen, um zu zeigen, daß es ihnen auch Ernst ist mit der Durchführung der Forderungen. Die reisenden Kollegen werden deshalb Waderborn meiden und es den Arbeitgebern selbst überlassen, ihre Arbeit fertigzustellen. Auch in der Kirchenstadt Waderborn müssen die Arbeitgeber zu der Einsicht gebracht werden, daß die Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Wort mitzureden haben.

Zu Plauen sind die Differenzen im Zeidlerischen Betrieb noch nicht beigelegt. Der Arbeitgeberverband hat die auswärtigen Kollegen durch Schwarze Listen auf 6 Wochen von jeder deutschen Arbeit ausgeschlossen. Der Zeidlerische Betrieb und die Zeidlerische Arbeit sind streng zu meiden.

Zu Riesa verlangten die Unternehmer in der Küchenmöbelfabrik „Sächsischer Möbelfabrik“, Inhaber Josef & Söhne“ die bedingungslose Verlängerung des bestehenden Vertrages bis zum 1. August 1907. Da dieses jedoch die Kollegen ablehnten und als Vorbedingung die Erfüllung einiger Forderungen verlangten, wurden sämtliche organisierten Tischler und Maschinenarbeiter ausgesperrt. Durch den Gauvorstand kamen nun neue Verhandlungen und schließlich auch eine Einigung zustande. Plötzlich verlangen nun die Unternehmer, daß mit Rücksicht auf später anzupassende Fuß- und Zinkenmaschinen die neuen Akkordpreise bereits festgestellt und vertraglich vereinbart werden. Da nun hierüber eine Verständigung noch nicht erzielt werden konnte, bleiben die Kollegen weiter ausgesperrt.

Zu Salzkotten ist es den Korbmachern bei der Firma C. Müller gelungen, ohne Streik einen Vertrag abzuschließen, der die 9 1/2 stündige Arbeitszeit vorstellt, Samstags nur die 9 stündige. Außer dieser Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde pro Tag wurden auch die Akkordpreise erhöht, so daß teilweise 50 bis 70 Pf. pro Tag mehr verdient wird. Andere Bestimmungen des Vertrags betreffen die Lieferung des Materials, Werkstatteinrichtungen, Dauer des Vertrags, Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung und Freigabe des 1. Mai. Die Kollegen sind mit diesem Erfolg sehr zufrieden. Herr Müller hofft nun, immer tüchtigere Arbeitskräfte zu bekommen.

Zu Schönheide im Erzgebirge befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Lohnbewegung. In den Betrieben von F. L. Lent, Baumann & Comp. und Karl Hunger ist man bereits zur Einreichung der Kündigung geschritten, da Verhandlungen nicht zustande kamen. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

Zu Schwerin dauert der Streit der Klavierarbeiter in der Hofpianosortefabrik Gebr. Perzina unverändert fort. Die Firma sucht durch zweispaltige Annoncen in allen bürgerlichen Blättern, willige Arbeiter aller Branchen, welche sich in der Tischlerei ausbilden wollen, zu Wochenlöhnen von 30 Mk. Dabei verdienen die alten gelernten und eingearbeiteten nur 25 Mk. im Durchschnitt pro Woche, und jetzt sucht die Firma ungeliebte Arbeiter zu 30 Mk. pro Woche. Möchte sie dieses Entgegenkommen nur ihren alten guten Arbeitern gegenüber gezeigt haben, dann wäre es nicht zum Konflikt gekommen. Nach einem früheren Auspruch des Chefs der Firma können sich die Klavierarbeiter nicht als gewöhnliche Tischler füllen, sondern als Angestellte und Beamte der Fabrik. Aber wie sehen diese Angestellten aus, die der Fabrik zur Verfügung stehen? Bis jetzt sind ja nur 3 Arbeitswillige zu verzeichnen, gänzlich unfähige Kräfte, und wir werden dafür zu sorgen haben, daß es nicht mehr werden. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zu Sprunge haben die Kollegen der Stuhlfabrik Banneitz nach einwöchiger Streik günstige Erfolge erzielt. Es erreichten die Polierer auf 20 Positionen, die Abpuher auf 25 Positionen, die Drechsler auf 5 Positionen, die Leimer und Furnierer auf 15 Positionen, insgesamt durchschnittlich 12 bis 15 Prozent Akkordlohnserhöhung. Außerdem Stundenlohnserhöhung für Tischler und Maschinenarbeiter um 2 Pf. pro Stunde. Auch müssen die Akkordtarife (die bisher nur in Händen der Meister waren), in den Werkstätten sichtbar ausgehängt werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Arbeit ist am 9. August wieder aufgenommen worden. Obigen Erfolg haben die Kollegen einzig und allein der Zugewandtheit zu unserem Verband zuzuschreiben. Herr Banneitz, der anfangs nicht nur mit Schließung seines Betriebes, sondern auch mit Aussperrung der gesamten Stuhlarbeiter des Meißnergebiets und Umgegend drohte, hat dank der Einigkeit der Arbeiter nachgeben müssen. Auch hat der Unternehmer unsere Organisation anerkannt, indem die Vereinbarungen durch Vermittlung des Gauvorstehers abgeschlossen wurden. Folgerichtig werden durch diesen guten Erfolg nicht nur die Springer Stuhlarbeiter alle unserem Verband zugeführt und dauernd erhalten, sondern es möge auch den Kollegen der Nachbarstuhlorte des Meißnergebiets, auch Hameln und Blomberg, wie auch den Gesamtstuhlarbeitern wiederum bewiesen, daß ihre elende Lage nur durch feste Organisation, nur durch Anschluß an unseren Verband aufgebessert werden kann.

Zu Stolp in Pommeren ist nach einem nunmehr 19 wöchigen Kampfe der Tischler wieder Frieden im Gewerbe eingetreten. Die Meister, welche anfänglich nicht mit den Gesellen oder den Verbandsvorstreitern verhandeln wollten, mußten nun doch einsehen, daß sie mit der Organisation rechnen mußten. Da auch Verhandlungen, welche einseitig mit dem Gewerksverein der Tischler gepflogen wurden, zu keinem Resultat führten, auch dort nicht die Menge der Leute zu finden ist, auch die Mitglieder des Gewerksvereins keine Lust hatten, so ohne weiteres wieder in die Betriebe zurückzugehen und mit auszuhalten, konnte an dem endlichen Siege nicht gezweifelt werden, noch dazu, als sich in den ganzen 19 Wochen ein ganzer Streikbrecher fand. Es war ein mustergültiger Kampf gewesen. Die Ledigen waren bis auf einige Kranke alle abgereist, so daß die Zahl der Streikenden von Tag zu Tag kleiner wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Unternehmer noch einmal auf einen so langen Kampf, ohne in Verhandlungen einzutreten, einlassen werden. Wenn es sich auch um große Unternehmer handelt, werden dieselben doch auch den 19 Wochen langen Streik an ihrem Geldbeutel gemerkt haben. Erreicht wurde noch eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die Festsetzung eines Akkordtarifs, gegen den sich die Unternehmer ganz besonders gestäubt hatten. Früher wurde einfach nach Wunsch und gutem Willen gezahlt, dieses ist jetzt in der Hauptsache beseitigt. Die Wachtprobe der Unternehmer ist also nicht gelungen, der Verband geht vollständig als moralischer Sieger aus dem Kampfe hervor. — Noch während die Tischler in dem Kampfe lagen, kamen die Stellmacher in der Hofwagenfabrik von Nischwitz hinzu, welche auch einen nennenswerten Erfolg erzielt. Die Arbeitszeit wurde um drei Stunden wöchentlich vermindert, der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht, der Mindestlohn wieder um 2 Mk. die Woche erhöht. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß noch vor einem Jahre dort die Arbeitszeit 66 Stunden betrug und der Lohn noch zwischen

0 bis 13 Mr. schwankte, kann man sich erst eine richtige Vorstellung von dem Wirken des Verbandes machen. Allerdings wäre nun zu wünschen, daß sich auch die Tischfabrik von Blau ohne Kampf dem anschließen würde. Den Kollegen möchten wir aber auch zugleich zu bedenken geben, daß sie nicht vergessen, welches Organ sie in dem schweren Kampfe unterstützt hat; die bürgerlichen Zeitungen müssen aus den Wohnungen der Kollegen verschwinden.

Zu Striegau haben in der Stuhlfabrik 92 Kollegen wegen Reduzierung der Akkordlöhne bis zu 40 Prozent die Kündigung eingereicht. Vor Bezug nach hier wird gewarnt.

Zu Thorn ist der Streit der Tischler zu Ende. Derselbe hat allerdings nicht alles gebracht, was erhofft worden war. Im Vorjahre hatte die Bewegung nur fünf Tage gedauert und dann mit dem Abschluß eines Vertrags geendet, welcher uns 8 Pf. Lohnerhöhung und Festsetzung eines Mindestlohnes von 30 Pf. brachte. Für dieses Jahr war nun die Forderung auf 32 Pf. Mindestlohn und für das erste Jahr eine Lohnerhöhung um 2 Pf., für das folgende Jahr um 3 Pf. vorgesehen, der Vertrag sollte auf 2 Jahre abgeschlossen werden. Die Meister antworteten nicht eher als in den letzten Tagen vor dem Streit und verlangten, wir sollten einen, schon früher mit der Firma Soppart abgeschlossenen Vertrag erst lösen, dann wollten sie mit uns unterhandeln. Sie wollten uns also zum Vertragsbruch verleiten und hätten dann schließlich obendrein noch gesagt, daß wir die Verträge nicht hielten. Wir lehnten das ab.

Einige größere und kleinere Firmen bewilligten den eingereichten Tarif, so daß bei den sieben Firmen die Hälfte der Gesellen zu den neuen Bedingungen arbeitete. Zwei der größten Geschäfte, die Firmen Hautermann & Walther und Borkonitz ließen es zum Streit kommen. In letzterer Firma waren eine Reihe Unorganisierter, in letzterer einer vorhanden. Jedoch verließen alle einmütig den Betrieb. Nach Verlauf von acht Tagen ließen schon eine Reihe von Kollegen in den Betrieb zurück. Die Innung und auch die Firma Hautermann wollten den Vertrag auf 8 Monate abschließen und auch für diese Zeit die 2 Pf. Zulage bewilligen. Weil jedoch schon die Hälfte der Gesellen zu den geforderten Bedingungen in Arbeit war, und man auch einen Hintergedanken befürchtete, mußte vorherhand das Angebot abgelehnt werden. Die Arbeitswilligen waren in der Hauptsache Unorganisierte, auch einige Gewerksvereiner und von dem Verband auch einige. Zwei davon konnten infolge eines Vertrages mit der Firma die Arbeit nicht ohne weiteres niederlegen. Eine eigenartige Rolle spielte dabei allerdings der Gewerksverein. Am 20. Juni war der Gewerksvereiner Gith in Thorn und wurde verabredet, vorläufig nicht an die Innung zu schreiben, doch schon nach einigen Tagen konnte es sich der Leiter der der Hirsche nicht verkneifen, an die Innungen zu schreiben, trotz der gegenteiligen Abmachung. Am 21. Juli, nach 8 Tagen Streit, wird zwischen dem Vertreter der Hirsche, dem Kollegen Ginz, und dem Gewerksvereiner Gith vom Verband verabredet, vor dem 23. Juli 1906 nichts zu unternehmen, doch schon am 22. Juli wird von seiten des Gewerksvereins eine neue Versammlung angelehnt, um über die Fortsetzung des Streiks zu beschließen. Man dachte jedenfalls, wenn der Gewerksvereiner weg sei, könne man dem Streit etwas leichter das Genick umdrehen. Die Beschlußfassung sollte erfolgen, weil das Gerücht ging, es würden einige Streikbrecher anfangen. Durch das fortwährende Verschließen wurden die Kollegen immer unruhiger. Am nächsten Sonnabend, als es zur Tatsache geworden war, daß in einer Bude acht Streikbrecher waren, wenn es zum größten Teil auch Krüppel und auch nicht die besten Arbeiter waren, sollte nach gegenseitiger Vereinbarung mit dem Leiter des Gewerksvereins, Wroczkowski, welcher in Thorn anwesend war, den Streikenden der Entschluß über die Fortführung des Streiks, nachdem ihnen die Situation klar gemacht worden war, überlassen bleiben. Die Streikenden beschloßen gegen vier Stimmen, weiterzustreiken, da noch Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Am 30. Juli wurden nun erneute Verhandlungen auf Grund einer Einladung eines Meisters gepflogen, welche am 31. im Kontor der Firma Hautermann weitergeführt werden sollen. Noch ehe es zum Verhandeln kommt, teilt uns der Werkführer der Firma mit, daß sie einen Brief bekommen hätten, für sie sei der Streit aufgehoben, und teilt er mit, daß der Brief vom Gewerksvereinsvertreter Ginz, welcher bei der ganzen Verhandlung zugegen war, unterzeichnet sei. Ginz leugnete dem Werkführer gegenüber, einen Brief geschrieben zu haben, und hält ihm nun derselbe den Brief entgegen, in dem mit dürren Worten steht, daß auf Beschluß des Gewerksvereins der Streit für die Firma aufgehoben sei. Aber derselbe Ginz, der den Brief unterschrieben hat, geht noch zur Beilegung des Streiks zum Verhandeln mit, bei welcher noch gerietet werden soll, was noch zu retten ist. Ginz suchte sich nun mit der ungeschickten Bemerkung herauszubekommen, daß er nur den Brief so zum Zeitvertreib geschrieben hätte, um zu sehen, wie es aussieht, und hätte dann seine Frau den Brief am Sonntag, an dem er nicht zu Hause war, zur Post gegeben. Nun steht aber fest, daß der Brief schon am Sonntag in den Händen der Firma war, also am Sonnabend aufgegeben wurde. Auch mit dem Schwindel war es also nicht. Die Unternehmer haben den Herren allerdings klar gemacht, daß selbst Unternehmer über solche Sachen anders denken. Als Ginz nochmal das Märchen von dem zum Zeitvertreib geschriebenen Brief zum besten geben wollte, antwortete ihm eine Sachsahe und die Worte! „Ja, wenn Sie so Ihre Interessen vertreten, dann lassen Sie sich als Führer der Arbeiter nur halb begraben“, und dann noch so einige bittere Plänen. Unter diesen Umständen, auf der einen Seite Streikbrecher auf der anderen einen unsicheren Bundesgenossen, nahmen wir dann das Angebot der Meister an, welches auf 2 Pf. Lohnzulage und Vertrag auf acht Monate lautete. Ein großes Schlaglicht warf dieser Vorgang allerdings auf die Ehrlichkeit der Hirsche.

In Wernigerode hat der Vorsitzende des lokalen Arbeitgeberverbandes für das Tischlergewerbe, der Zimmermeister G. Niewerth, seine Mitglieder so am Bande, daß, obgleich diesen Kleinrentnern das Wasser bis an die Kehle geht, sie sich doch am 8. August verpflichtet haben, „vor allem ihrem Kollegen Niewerth durch Hilfestellung aus der Verlegenheit zu helfen“. Bei solcher Scharfmacherei hat sich bisher ein Ausgleich der Differenzen noch nicht anbahnen lassen und läßt sich auch nicht eher erwarten, bis die Arbeitgeber durch die Tatsachen zu richtiger Überlegung zurückgeführt sein werden.

Wernigerode ist deswegen weiter für Tischler strengstens gesperrt.

In Zoppot dauert der Streit der Tischler noch immer fort. Verändert hat sich noch nichts. Die Zahl der Streikenden wird immer geringer. Den Meistern wird die Arbeit durch eine ganze Reihe Unternehmer weggenommen. Die Christlichen haben noch 2 Streikende, wir noch 9 Mann. Sehr eigenartig ist es allerdings, daß Zoppot noch in der christlichen Zeitung für die Kollegen gesperrt ist und der Vertreter derselben, welcher die Verhandlungen mit geführt, Klein, dort anfängt zu arbeiten. Also auch hier bei dem Führer die doppelte Moral.

Ausland.

In Nürnberg in Böhmen sind die Drechsler bei der Firma Schubert bereits seit neun Wochen ausgesperrt. Der mechanische Betrieb wird mit zehn unorganisierten sogenannten Wochenlöhnern weitergeführt. Jede Unterhandlung mit den Vertrauensmännern der Ausgesperrten wird von dem Unternehmer abgelehnt. Die deutschen Kollegen werden um tatkräftige Unterstützung und besonders um Fernhaltung von Bezug nach Nürnberg gebeten.

Gewerkschaftliches.

Das Protokoll der Vorstandskonferenz,

die vom 19. bis zum 23. Februar in Berlin stattfand, ist von einigen Parteiblättern nun doch veröffentlicht worden. Bekanntlich hatte die anarchosozialistische „Einigkeit“ aus dem Protokoll dieser Konferenz, das einen streng vertraulichen Charakter trug, Auszüge veröffentlicht in der offenkundigen Absicht, dem Parteivorstand und in letzter Linie wohl auch den Zentralvorständen der Gewerkschaften etwas am Zeuge zu flicken. Von dem „Vorwärts“ wurde dieser Streich seinerzeit als „Infamie“ bezeichnet, was die „Einigkeit“ nicht hinderte, weitere Stellen aus diesem Protokoll zu veröffentlichen. Mittlerweile war der Parteivorstand einem Wunsche des „Vorwärts“ zufolge an die Generalkommission mit dem Ersuchen herangetreten, das Protokoll für die Öffentlichkeit freizugeben, was die Generalkommission mit Rücksicht auf die Konsequenzen, die hieraus entstehen konnten, ablehnte. Auf ein erneutes Ersuchen an die Generalkommission, bei den beteiligten Zentralvorständen die Freigabe des Protokolls zu erwirken, haben sich 46 Vorstände gegen und nur 18 für die Freigabe ausgesprochen. Entscheidend dabei waren folgende Gründe, welche die Generalkommission auch dem Parteivorstand mitteilte: „In der Gewerkschaftsbewegung sowohl als auch in der Partei werden sich immer, wie schon von jeher, interne Beratungen notwendig machen; aber weder der Partei noch den Gewerkschaften wird es einfallen, wenn sich etwa ein Lump findet, der von solchen Verhandlungen etwas in die Öffentlichkeit bringt, den internen Charakter derselben aufzuheben und dieselben nunmehr der Öffentlichkeit preiszugeben. So werden die Gewerkschaften in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher gezwungen sein, aber Abwehrmaßnahmen gegen die Übergriffe der Scharfmacherorganisationen in vertraulichen Zusammenkünften zu beraten und zu beschließen. Soll auch in solchen Fällen, wenn jemand sich findet, der ehr- und gewissenlos genug ist, Verräterei zu üben, der interne Charakter solcher Beratungen preisgegeben werden? Wir meinen, daß sich keine Körperschaft in solchem Falle dazu verstehen wird. Würde in dem vorliegenden Falle das Protokoll freigegeben, so wäre die notwendige Konsequenz, daß in allen Fällen, wo ein Verräter sich findet, derartige Verhandlungen ihres internen Charakters entkleidet und den intimsten Feinden der Arbeiterklasse zur Kenntnisnahme freigegeben werden müßten. Es würde das zu eigentümlichen Zuständen in der Arbeiterbewegung führen, unter denen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Parteibewegung zu leiden hätte. Die Generalkommission will aber unter keinen Umständen diejenige Körperschaft sein, die solche Zustände herbeiführt, und ist der festen Überzeugung, daß auch der Parteivorstand dazu seine Hand nicht heben wird.“

Die große Mehrzahl der Gewerkschaftsvorstände hat sich diesen Gründen der Generalkommission angeschlossen und die Veröffentlichung des Protokolls abgelehnt.

Nichtsdestoweniger hat der Parteivorstand die Veröffentlichung des Protokolls veranlaßt, und zwar, um den Genossen eine sichere Unterlage für ein Urteil in dieser Sache zu geben. Es heißt darüber im „Vorwärts“: „Der Parteivorstand teilt durchaus die Auffassung der Generalkommission, daß es sowohl für die Gewerkschaften wie auch für die Partei Gegenstände geben kann und geben wird, die interne Beratungen notwendig machen. Er pflichtet der Generalkommission auch darin völlig bei, daß es weder den Gewerkschaften noch der Partei bekommen kann, lediglich auf die Indiskretionen eines Verräters hin den internen Charakter solcher Verhandlungen preiszugeben.“

Im vorliegenden Falle jedoch hält der Parteivorstand die wortgetreue Bekanntgabe der Verhandlungen über den Punkt „Partei und Gewerkschaft“ geradezu im Interesse von Partei und Gewerkschaften für geboten. Die Diskretion dieser Verhandlungen besteht ja in Wirklichkeit längst nicht mehr, zumal zahlreiche bürgerliche Blätter die Indiskretionen der „Einigkeit“ mit Behagen nachgedruckt haben. Es handelt sich also einfach darum, ob Partei und Gewerkschaften es ruhig mit ansehen sollen, daß zur Verwirrung der Massen tendenziös zusammengestellte Bruchstücke verbreitet werden, oder ob es nicht besser ist, diesen Quertreibereien durch Bekanntgabe des vollen Textes des betreffenden Teils des Protokolls entgegenzutreten. Der Parteivorstand hat sich angesichts dieser Situation der Auffassung der Redaktion des „Vorwärts“ nicht verschließen zu sollen geglaubt, daß es notwendig sei, den erwähnten Punkt des Protokolls im „Vorwärts“ abzu drucken, um dadurch dem partei- und gewerkschaftsschädigenden Treiben entgegenzutreten zu können.“

Das Protokoll ist denn auch in der letzten Samstagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Wir müssen es lebhaft bedauern, daß der Parteivorstand diesen Schritt getan hat. Seine guten Absichten, die ihn dabei ungewisselt haben, leiteten, in allen Ehren, durfte er niemals zu einer solchen Veröffentlichung, über die er nicht rechtmäßig zu entscheiden hatte, die Hand heben. Derartig vertrauliche Aktenstücke wurden in der Parteipresse bisher nur dann ver-

öffentlicht, wenn es sich um solche gegnerischer Parteien handelte, und die Veröffentlichung geschah dann meist nur zum Zwecke der Schädigung dieser Parteien. Wohin sol es führen, wenn einzelne Instanzen der Arbeiterbewegung gegen den Willen anderer Körperschaften derselben Bewegung diesen eigentümliche vertrauliche Aktenstücke veröffentlicht Mit Recht bemerkt die „Norddeutsche Volksstimme“ zu dieser Maßnahme der obersten Parteinstanz:

„Diese Haltung und Handlung des Parteivorstandes wird in den Kreisen der Gewerkschaftsleiter tiefsten Unmutes erregen, ein Vertrauensbruch wird darin erblickt werden und vermutlich wird künftig jeder Versuch, in irgend einer Streitfrage Verständigungskonferenzen herbeizuführen, vor den Gewerkschaftsleitungen entweder von vornherein abgelehnt oder mißtrauisch aufgenommen. Diese Wirkung ist sicher zu erwarten, es sei denn, der Inhalt des Protokolls zeige die Gewerkschaftsleitungen und ihre Befürchtungen ins Unrecht. In diesem Falle würden die so peinlich auf Geheimhaltung bedachten Zentralvorstände vor den Mitgliedern ihrer Gewerkschaften in eine schiefere Situation kommen.“

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dieses Protokoll von objektiv denkenden Parteigenossen niemals gegen die Gewerkschaften oder gegen die Teilnehmer dieser Konferenz ausgeschlachtet werden wird, da es nur über Dehalten berichtet, die von Parteigenossen und in den besten Absichten für die Partei geführt worden sind, und die selbstverständlich jede und auch die geringste Gegnerschaft gegen die Partei vermissen lassen.

Die Aussperrung der Buchbinder ist nach 13wöchiger Dauer nunmehr beigelegt worden. Es kam zum Abschluß eines Vertrages auf fünf (!) Jahre, die so peinlich auf Geheiß der Arbeiter eine zweimalige Lohnerhöhung von je 2 Pf. die Stunde zusichert.

Literarisches.

„Die neuen Reichsteuern“, wie sie wurden und was sie bedeuten. Mit einem Schlußkapitel: „Agrarisch-kapitalistische und sozialdemokratische Steuerpolitik“. Von Edward Bernstein. Preis 80 Pf.; Agitationsausgabe 1000 Exemplare 90 Mt. Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“.

Am 19. Mai 1906 hat der Reichstag ein Steuer-gesetz beschlossen, durch welches die Steuerlast des deutschen Volkes nach Schätzung der Väter des Gesetzes um mindestens 200 Millionen Mark jährlich gesteigert wird. Der volkswirtschaftliche Charakter dieses Gesetzes, die Natur der einzelnen dieser Steuern, sowie die Art, wie dieses Stück Gesetzgebung zustande kam, bildet ein für die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland und die im deutschen Reichstag maßgebenden Parteien im höchsten Grade bezeichnendes Kapitel. Es der Arbeiterschaft Deutschlands in gemeinverständlicher Form vorzuführen, ist der Zweck dieser Broschüre, die allen Parteigenossen zur Belehrung dringend empfohlen wird.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.)

Im Juli sandten über sich folgende ein: Berlin C 200 Mt., Steinfirchen 160, Warmen 100, Bergedorf 100, Halmstedt 100, Warden 75, Reinfeld 80, Freiburg 50 Mt. Summa 865 Mt. Zufuß erhielten: Berlin B 300 Mt., Weuel 200, Wald 200, Celle 100, Harburg 50 Mt. Summa 860 Mt.

Bilanz des halbjährlichen Abschlußes.

Einnahme.	Mt.	Ausgabe.	Mt.
Zinsen	466,87	Arztl. Behandlung	4519,22
Beitragselder	173,—	Arznei u. Heilmittel	2865,49
Beiträge	5387,55	Krankengelder	32899,53
Abgeordnetensteuer	1023,90	Angehörige	164,92
Anderer Einnahmen	183,58	Sterbegelder	1505,—
		Kurkosten	1289,88
		Bewaltungskosten	3972,57
		Anderer Ausgaben	232,22
Summa	55234,90	Summa	46898,83

Ergibt einen Überschuf von 8336,07 Mt.
Das Vermögen betrug am 30. Juni 69725,79

J. L. Maßmann.

Nach Einreichung dieses Abschlußes erhalten wir nachstehenden Bescheid:

Hamburg den 3. August 1906.

Dem Vorstand erwidere ich auf das Schreiben vom 26. v. M. und nach näherer Prüfung des mit diesem Schreiben eingereichten Rechnungsabchlußes für das letzte Halbjahr, daß die gegenwärtige Vermögenslage der Kasse die vorgeschriebene Ergänzung des Reservefonds erwarten läßt und ich daher von der weiteren Ausführung meiner Verfügung vom 30. März cr. absehe.

Der Senator Präses der Behörde für das Versicherungswesen.
Sander.

An den Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (G. S. 86). Hier.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 8 in Hamburg.)

Bekanntmachung des Schiedsgerichtes.

Gemäß § 22 des Kassenstatuts gibt das in letzter Generalversammlung zu Blankenburg a. H. gewählte Schiedsgericht nachstehende Geschäftsordnung bekannt:

1. Als Obmann ist der Unterzeichnete, als dessen Stellvertreter Schiedsrichter P. Waack gewählt worden. Als Protokollführer fungiert Schiedsrichter S. Haack.
2. Das Schiedsgericht hält je nach Bedarf seine Sitzungen ab.
3. Derjenige, welcher das Schiedsgericht zur Entscheidung anruft, wird von dem stattfindenden Termin mit Angabe des Sitzungsortes frühzeitig durch Ladung (welcher eine

Arbeitslosigkeit im Monat Juli 1906.

Table with columns for location (Gau), date, and various statistics regarding unemployment and travel. Includes sub-tables for 'Arbeitslose am Orte' and 'Arbeitslose auf der Reise'.

Postkarte mit dem Vermerk: „Ladung zum Termin rechtzeitig erhalten“, beigefügt ist, welche genau ausgefüllt sofort zurück-

gesandt werden muß, weil sonst in der Sache nicht verhandelt wird) in Kenntnis gesetzt, damit er in der Lage ist, für seine

Verteidigung Sorge zu tragen oder selbst zu erscheinen. Reisekosten und Entschädigungen an die Kläger oder deren

Vertreter werden nicht vergütet. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ist gänzlich kostenfrei.

4. Die Entscheidungen des Schiedsgerichtes werden in gleicher Sitzung veröffentlicht, in welcher die Sache ver-

handelt und zu Ende geführt wird. Die Verhandlungen sind öffentlich.

5. Ist bei Aufruf der Sache der Kläger oder ein Vertreter desselben nicht zugegen, wird unbeschadet dessen in die Verhandlung eingetreten und nach Lage der Akten ver-

handelt. 6. Zum Sitzungstermin hat ein Vertreter des Vorstandes, welcher zu laden ist, zu erscheinen.

7. Dem Kläger steht das Recht zu, sich eines beliebigen Vertreters, welcher mit Vollmacht versehen ist, zu bedienen.

8. Die Entscheidungen werden dem Kläger ordnungsmäßig und portofrei behändigt; dieselben sind von sämtlichen Schiedsrichtern oder deren Beauftragten zu unterzeichnen.

9. Berufungen gegen Vorstandsentscheidungen sind nur an die Adresse des Obmanns des Schiedsgerichtes zu richten unter Beachtung des § 21 Ziffer 2 des Rassenstatuts.

10. Weitere Ausführungen und Änderungen der Geschäftsordnung behält sich das Schiedsgericht vor.

G. Hildebrand, Hamburg 19, Bellealliancestr. 44 III.

Anzeigen.

Nach. Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Kollege Rheinberg, Oststraße 21, 2. Etage, Wochentags

abends von 8-11 Uhr und Sonntags vormittags von 9-11 Uhr. Die Herberge befindet sich bei Kupper, vornais 5, Kahlstr. Peterstraße.

Wieder a. Rhein. Unter Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Eraber, Kalfersstraße 40, wofür selbst auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird.

Umschauen streng verboten. Verkehrslokal „Kaiser Adolf“, Wiesbadenstraße 89.

Kaffee. Bureau: Königstr. 101. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung vormittags 10-11 Uhr, nachmittags 4-5 Uhr.

Die angereisten Kollegen werden aufgefordert, sich stets zuerst im Bureau zu melden. Umgehens streng verboten.

Die Ortsverwaltung. Coblenz. Bevollmächtigter A. Grundmann, Wärgenstraße 31, Kaiserstr. 10, Keller, Kalfersstr. 89.

Herberge Wäldersgasse 2-6. Dagehoft Auszahlung der Reiseunterstützung.

Emden. Die Herberge befindet sich Neustra. 80 im Lokal des Herrn Stöhr. Reiseunterstützung zahlt Kollege Neemann in Wolluhlen b. Emden, Biegelestr. 188, aus.

Die Versammlungen finden im „Eindenhof“ (Menthe) statt.

Grundort. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich in der Wirtschaft Großselder an der Rindstraße. Stellenaussage: wochentags von 7-9 Uhr,

Sonntags von 11-12 Uhr. Dagehoft wird auch Reiseunterstützung ausbezahlt. Umschauen streng verboten.

Konstanz. Der in Nr. 31 gesuchte Kollege heißt nicht Wagner sondern Richard Spagner. Wir bitten, dies zu beachten.

Kronach. Wir erbitten die Beihilfe größerer Zahlstellen bei der Anlegung einer Bibliothek. Überige Bücher oder Broschüren wolke man senden an Johann Wernstiel, Wobacherstraße 211 g.

Welle. Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Lokal von Herrn Woes. Arbeit wird nachgewiesen von 7-8 Uhr abends, Sonntags von 12-1 Uhr. Umschauen ist streng verboten.

Wolfsort. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Bequimbenerg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.

Siegen. Der Bevollmächtigte G. Dome wohnt Donsbachstraße 7. Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Kollege Rumpfeld, Wöhrstraße 26. Umschauen streng verboten.

Stettin. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter aller Branchen, Tischler, Birkenmacher, Korbmacher, Anschläger, Einleger, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Kartellager, Modellierer, befindet sich im Restaurant Farnstraße 87. Geöffnet vormittags von 9-11 Uhr. Umschauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwabacherstraße 7 I. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geudorf, Schützgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Gewarnt wird hierdurch vor dem Schreiner Karl Herad aus Modor (Ungarn). Derselbe hat in Meran und in Brixen als Werkstattdirektor

Frei Lenzke, wo hältst Du Dich auf? Bitte um schnellste Nachricht. Dein Kollege Gustav Schmalke, Drechsler, Bernau b. Berlin.

Werkführer

für Bantischlerei, durchaus selbständig, mit Maschinen und Gasmotor vertraut, zu sofort gesucht.

Arendt & Wilhelm Holzbearbeitungsfabrik, Eberswalde.

Möbelschreiner

mehrere tüchtige, sucht Ernst Beck, Möbelfabrik, Bietigheim i. B.

Suche sofort zwei tüchtige Bau- und Möbelschreiner, sowie einen Maschinenarbeiter bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung.

Albert Becker, Bau- u. Möbelschreiner mit elektr. Betrieb in Pirmasens.

Möbelschreiner finden dauernde u. lohnende Beschäftigung auf gute Kastenarbeit bei Groba & Püschel Bau- und Möbelschlerei mit Dampftrieb Spremberg, Nied.-Lausitz.

Tüchtige Tischler für Tische und Büfets finden dauernd lohnende Stellung bei Richard Saalfeld, Helmstedt Herzogtum Braunschweig.

Tüchtige Tischler erhalten sofort dauernde Arbeit Ed. Rensch, Siegen i. W. Fabrik für Badeneinrichtungen.

Suche sofort oder später einen tüchtigen, jüngeren Korbmacher a. geschlagene Arbeit, der auch etwas mit Gestellarbeit und Reparaturen bewandert ist. 3 Wk. Reisevergütung nach 4 Wochen.

Willy Taeger Selbrrungen a. Kyffhäuser.

2 Korbmachergehilfen auf weiß und grün Geschlagen finden dauernde Arbeit bei E. Walz, Gardelegen (Altmark).

2 Korbmacher auf Gematt sucht sofort Emil Michael, Gassenbeck (Holstein).

Zwei solide Korbmacher auf Geschlagen finden dauernde Stellung bei G. Kappel, Waren, Mecklenburg.

Ein Korbmachergehilfe auf Großgeschlagenes, Reifkörbe und Waschkörbe wird sofort verlangt.

W. Richter, Korbmachermeister Staffurt, Wasserstr. 1.

Junger Geselle findet auf Geschlagenes dauernde, lohnende angenehme Stellung. Lucas Ackermann, Korbmachermstr. Schmöln (S.-M.)

Gesucht 2 Korbmacher auf Gematt. Ludw. Behnen, Trittau i. Holst.

3 bis 4 tüchtige Korbmacher (Mattarbeit) sucht sofort Louis Ackermann, Korbfabrik Corbetta.

Mehrere tüchtige Pecher und Einzler finden dauernde Beschäftigung bei guten Affordrätzen. Bresser & van Welsum, Duisburg.

Kastennmacher und Kastenheifer finden dauernd Arbeit bei guter Bezahlung. Gust. Drauz, Seilbronn Karosseriefabrik.

Korbmacher

auf Roharbeit, Geschloßkörbe und andere finden dauernde Beschäftigung bei Gebrüder Wolf, Bernburg.

Tüchtigen Korbmachergehilfen sucht bei gutem Lohn per sofort oder später Otto Weinert, Wylau, Vogtl.

Tüchtige Korbmacher finden dauernd gute Beschäftigung auf Rohr und Geschlagenes bei Arth. Uhlmann, Reutirchen i. Erzg.

Korbmachergehilfen auf Mattarbeit verlangt F. Duffner, Greifenhagen.

Ich suche auf sofort einen Gesellen auf Mattarbeit. A. Thieme, Schöningen.

1 Korbmacher wird gesucht. Chr. Thieme, Chemnitz, Annabergerstr. 182. Gesucht einige Korbmacher auf Gematt. Eduard Beis, Eimshorn.

3 Korbmacher, Mattarbeiter, sucht noch H. Lange, Wulsdorf bei Geestemünde.

Gesucht ein tüchtiger Korbmacher auf Geschlagen, sowie ein solcher auf Grün und Rohr. Jac. Kahlke, Glückstadt.

2 Korbmacher auf grüne Mattarbeit werden sofort für dauernd gesucht von Karl Apelt, Wülzburg a. Oberrhein.

Suche sofort oder später einen tüchtigen, jüngeren Korbmacher a. geschlagene Arbeit, der auch etwas mit Gestellarbeit und Reparaturen bewandert ist. 3 Wk. Reisevergütung nach 4 Wochen.

Willy Taeger Selbrrungen a. Kyffhäuser.

2 Korbmachergehilfen auf weiß und grün Geschlagen finden dauernde Arbeit bei E. Walz, Gardelegen (Altmark).

2 Korbmacher auf Gematt sucht sofort Emil Michael, Gassenbeck (Holstein).

Zwei solide Korbmacher auf Geschlagen finden dauernde Stellung bei G. Kappel, Waren, Mecklenburg.

Ein Korbmachergehilfe auf Großgeschlagenes, Reifkörbe und Waschkörbe wird sofort verlangt.

W. Richter, Korbmachermeister Staffurt, Wasserstr. 1.

Junger Geselle findet auf Geschlagenes dauernde, lohnende angenehme Stellung. Lucas Ackermann, Korbmachermstr. Schmöln (S.-M.)

Gesucht 2 Korbmacher auf Gematt. Ludw. Behnen, Trittau i. Holst.

3 bis 4 tüchtige Korbmacher (Mattarbeit) sucht sofort Louis Ackermann, Korbfabrik Corbetta.

Tüchtiger Korfschneider (Maschinenarbeiter) findet dauernde Stellung. Hannover, Gewerkschaftshaus.

Ein Korfschneider gesucht, der perfekt zurichten und rundscheiden kann, auch etwas vom Maschinenschneiden versteht. Anerbieten an Herm. Jos. Schmitz, Köhn Mähmühle 2.

Eisenbeinschneider od. Knochenarbeiter, die sich zu ersteren ausbilden wollen, für dauernde und lohnende Arbeit gesucht. Näheres zu erfahren durch Lorenz Berg sen., Offenbach a. M. (Hessen).

Zwei tüchtige solide Söblerschneider, denen es an dauernder Stellung gelegen ist, für sofort gesucht. Josef Wandelt, Holzpantoffelfabrik Lissa i. P.

Derwaller gesucht. Als Gewerkschaftsausdewaller wird eine tüchtige Person gesucht. Derselbe muß in der Arbeiterbewegung erfahren sein und sich hervorragend ausweisen können und möglichst sich mit 4000 bis 5000 Mk. am Geschäft beteiligen. Angebote sind zu richten an den Spar- u. Saalbauverein (S.G.m.b.H.) in Alfeld.

Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Gesellige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischler-Fachschule Gotha. Gründliche Ausbildung zum Meister, Werkführer, Zeichner. Prospekte gratis.

Seimöfen. Verkaufserh. Rabatt. Apparate-Fabrik. Siedburgsaußen. 4. Thüringen.

Stomkes Städtebuch. Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 856 Seiten, geb. Mk. 1.20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1.40 bei G. Stomke, Bielefeld.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauche! Gänsefedern.

Gänsefedern u. alle ander. Sorten Gänsefedern. Neudttn. beste Reining. garantiert! Gute, preisw. Gänsefedern p. Pfund für 80, 1 Mk. 1.40. Prima-Salbdannen 1.60; 1.80. Polsterfedern: halbwollig 2. weiß 2.50. Silberweiße Gänsefedern 3; 3.50; 4; 5. Gänsefedern-Ganzdannen 2.50. Polsterdannen 3; 4; 5 Mk. Jede beliebige Pfundzahl sofort frei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unferer Kosten!

Pecher & Co. Nr. 2214 in Westfalen. Probieren und Preislisten, auch über Gänsefedern und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Federproben erwünscht!

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.